

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 137

HERBST 1999

DM 1,-

Lafontaine/PDS: Strategen für deutschen Imperialismus

Für Klassenkampf gegen kapitalistische SPD/Grünen-Regierung!

Nachdem die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung auf dem Balkan die Interessen der deutschen Bourgeoisie blutig durchgebombt hat, konzentriert sie ihre Angriffe jetzt wieder gegen die Arbeiterklasse im eigenen Land. Die glaubt aber zunehmend nicht mehr, daß die Kriegspartei SPD das „kleinere Übel“ ist und daß das klassenkollaborationistische „Bündnis für Arbeit“ irgend etwas mit ihren Interessen zu tun hat. Die Arbeiterbasis der SPD ist in Aufruhr gegen die

Kriegspolitik und gegen die einschneidenden Kürzungen im Sozialbereich, bei Renten und Arbeitslosenhilfe.

Es gab kämpferische Demonstrationen von HBV und ÖTV gegen Schröders Politik. Im ersten Halbjahr 1999 gaben 13 600 SPD-Mitglieder ihr Parteibuch zurück, allein im Juni mehr als 3000 (*Hamburger Abendblatt*, 11. September). Bei allen Wahlen in der letzten Zeit verlor die SPD massiv – im Saarland, in Brandenburg, in Thüringen und in Sachsen. Die Verluste bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen trafen die traditionelle Hochburg der SPD, wo Städte wie Duisburg, Dortmund und Essen praktisch ununterbrochen seit 1945 von der SPD regiert worden waren. Wahlanalysen zeigten dabei die bedeutende Tatsache, daß es zum Beispiel in Arbeitervierteln in Essen nur eine Wahlbeteiligung zwischen 25 und 30 Prozent gab, während in den bürgerlichen Vierteln 70 Prozent wählen gingen. Diese Arbeiter sind einfach nicht zur Wahl gegangen, ein direkter Protest gegen



27. September, Berlin: ÖTV-Demonstration gegen Privatisierungsangriffe durch SPD/Grünen-Regierung

die Schröder/Fischer-Regierung.

Die Arbeiterklasse beginnt das Vertrauen in ihre traditionelle Partei zu verlieren und sucht nach einer linken Alternative. Das ist eine positive Entwicklung und eröffnet wichtige Möglichkeiten für Revolutionäre, die darum kämpfen, die Arbeiterklasse von ihrer sozialdemokratischen Irreführung zu brechen und sie für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen, für die sozialistische Revolution.

Diese Entwicklung bestätigt machtvoll unsere Intervention vor der Bundestagswahl. Wir sagten: „Keine Stimme für SPD, PDS – rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer!“

Denn:

„Als loyaler Handlanger der Kapitalisten bietet die SPD ... an, die geforderten ‚Strukturreformen‘ durchzudrücken: über die Gewerkschaften herzufallen, die restlichen Sozialleistungen einzustampfen, Frauen zurück an ‚Heim und Herd‘ zu treiben und mit chauvinistischer Hetze und Polizeirazzien die Arbeiter türkischer, kurdischer, jugoslawischer und polnischer Herkunft von ihrem Arbeitsplatz und aus Deutschland zu vertreiben.“ (*Spartakist* Nr. 133, Herbst 1998)

Die PDS ist keinesfalls eine Alternative zur SPD. Sie ist mit dieser kapitalistischen Gesellschaft verwachsen und bietet nur an, Druck auf die SPD auszuüben. Nach den Wahlen

Fortgesetzt auf Seite 2

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

N.Y. SPARTACIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-3026

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 1

in Thüringen, wo die SPD drittgrößte Partei nach der PDS wurde (ebenso wie später in Sachsen), gab Gregor Gysi Schröder seinen Rat: „Nur ein gemeinsames Projekt SPD/PDS kann etwas verändern“ (*Neues Deutschland*, 13. September).

Gewerkschaftsbürokraten wie IG-Metall-Chef Zwickel, der die Kriegspolitik der Regierung voll unterstützte, sind heute besorgt, die Kontrolle über ihre Mitgliedschaft zu verlieren. In der September-Ausgabe von *metall* mahnt Zwickel Schröder, der auf dem Titelblatt mit Zigarre in Bourgeois-Pose abgebildet ist: „Noch ist es nicht zu spät, den eingeschlagenen Kurs zu ändern ...“ Und bei einem Empfang für die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion warnte er, „die Gewerkschaften könnten ihr grundsätzliches Verhältnis zur Sozialdemokratie ändern“ (*Der Tagesspiegel*, 15. September).

Eine Allianz von SPD-„Linken“, PDS, Gewerkschaftsbürokraten und Pseudolinken führt eine heiße Debatte darüber, wie die Regierungspolitik zu ändern ist, um den Unmut der Arbeiter abzuwenden und die Regierung zu retten. Ihre grundlegende Konzeption und ihre gesamte Politik stützen sich auf die SPD, die diesen kapitalistischen Staat regieren und reformieren soll. Aber wir Kommunisten sagen mit Lenin: „Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der *Unversöhnlichkeit* der Klassengegensätze... Nach Marx ist der Staat ein Organ der *Klassenherrschaft*, ein Organ zur *Unterdrückung* der einen Klasse durch die andere ...“ (*Staat und Revolution*, 1916). Genau aus diesem Grund ist es notwendig, den kapitalistischen Staat durch eine sozialistische Arbeiterrevolution zu stürzen und das System von Ausbeutung und Krieg durch eine auf Arbeiter-räten basierende Planwirtschaft zu ersetzen. Das taten die russischen Arbeiter in der Oktoberrevolution 1917 unter der bolschewistischen Führung Lenins und Trotzki. Um diese erste erfolgreiche proletarische Revolution zu führen, war es absolut wesentlich, von den zentristischen und reformistischen Verrätern in der Arbeiterbewegung zu brechen und eine proletarische Avantgardepartei aufzubauen.

Die Folgen der Konterrevolution

Nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas sieht die deutsche Bourgeoisie des wiedervereinigten Vierten Reichs im wahrsten Sinne des Wortes keine Gren-

zen mehr für ihre imperialistische Gier. Da für das antisowjetische Kalte-Kriegs-Bündnis keine Notwendigkeit mehr besteht, haben sich die interimperialistischen Rivalitäten schnell verschärft. Um in der Konkurrenz mit ihren imperialistischen Rivalen zu bestehen, versucht die deutsche Bourgeoisie, massiv die Profitrate zu erhöhen. Der „Sozialstaat“ sollte Arbeiterprotesten gegen die kapitalistische Ordnung nach dem Sieg der Roten Armee über Nazi-deutschland und der Errichtung deformierter Arbeiterstaaten in Osteuropa – einschließlich der DDR – entgegenwirken. Nun hat er ausgedient und wird rapide abgebaut.

Aber trotz ihres Triumphgegröles über den „Tod des Kommunismus“ sind sich die Kapitalisten sehr bewußt darüber, daß sie es mit einem potentiell mächtigen Gegner zu tun haben, wie die defensiven Kämpfe der letzten Jahre in Italien, Frankreich, Spanien und Deutschland zeigten. Darum setzt jetzt die Bourgeoisie fast überall in Europa auf sozialdemokratische/ex-stalinistische Parteien an der Regierung oder auf Volksfronten – Bündnisse von bürgerlichen Arbeiterparteien mit rein bürgerlichen Parteien –, die diese Angriffe den Arbeitern reinwürgen sollen. Lenin beschrieb treffend Parteien wie die SPD, die PDS, die Labour Party oder Jospins SP als bürgerliche Arbeiterparteien. Perspektive und Programm ihrer Führung sind vollkommen bürgerlich, aber ihre Basis liegt in der Arbeiterklasse. Solange die Arbeiterbasis „ihrer“ Partei vertraut, sind diese Parteien besonders dazu geeignet, die Arbeiter an ihre eigenen Ausbeuter zu ketten.

Unter strategisches Ziel als Kommunisten ist es, das Bewußtsein der fortgeschrittensten Arbeiter zu erhöhen, damit sie mit den Handlangern der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung brechen, und sie zu einem revolutionären Programm zu gewinnen. Gegen die Versuche der deutschen Bourgeoisie, ein DM-dominiertes Europa zu schaffen, sagen wir: „Nieder mit Maastricht! Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Für ein Arbeitereuropa!“

Die Regierungen, die SPD & Co. bilden, sind durch und durch kapitalistische Regierungen, die die Interessen der Bourgeoisie verwalten. Besonders in Deutschland, wo die immer noch stark organisierte Arbeiterklasse ihre Macht noch nicht in einer direkten Klassenauseinandersetzung getestet hat, brauchte die Bourgeoisie von Auschwitz unbedingt die SPD/Grünen-Regierung, um relativ reibungslos ihren Krieg auf dem Balkan führen zu können – der erste Kampfeinsatz der Bundeswehr seit 1945, als Hitlers Truppen

Fortgesetzt auf Seite 6

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiter: Derek Lemur
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 137

HERBST 1999

Nein zum Schleier! Für Arbeiterrevolution!

Iran: 20 Jahre islamische Diktatur

Unter den Rufen „Tod der Diktatur“ demonstrierten Anfang Juli im Iran sechs Tage lang Zehntausende Studenten. Es waren die größten Proteste seit der Machtübernahme der bluttriefenden Mullahs 1979. Allein in Teheran standen 25 000 Studenten den Eisenstangen, Schlagstöcken und Tränengassalven der Bullen sowie dem Maschinengewehrfeuer der islamischen fundamentalistischen Milizen gegenüber. Dutzende Studenten wurden bei den landesweiten Protesten verletzt, rund 1400 verhaftet und viele weitere gezwungen, sich zu verstecken. Immer noch sind Hunderte hinter Gittern, und in einem ersten Prozeß am 12. September wurden vier Studenten zum Tode verurteilt. Die internationale Arbeiterbewegung muß dringend fordern: *Weg mit den Todesstrafen! Sofortige Freiheit für alle Gefangenen aus den Studentenprotesten!*

Der kürzliche Aufruhr begann mit einem offenen Geplänkel innerhalb des theokratischen Regimes zwischen dem Hardliner-Flügel unter Ajatollah Ali Chamenei und dem „gemäßigten“ Flügel unter Präsident Mohammed Chatami. Wenige Stunden nach einem Protest von 200 Universitätsstudenten aus Teheran gegen die verschärfte Pressezensur und das Verbot der



Bullen wurden gegen Studentenproteste in Teheran losgeschickt. Polizei und fundamentalistische Schläger ermordeten acht Menschen, Dutzende wurden verletzt und 1400 verhaftet

Chatami-nahen Zeitung *Salam* stürmten am 8. Juli Polizei und fundamentalistische Hisbollah-Schläger ein Wohnheim. Die Studenten wurden in ihren Betten geschlagen und aus Fenstern geworfen, allein in dieser Nacht wurden acht *Fortgesetzt auf Seite 4*

Spartakist-Abokampagne

Quoten der Abokampagne 1999 11. Oktober bis 21. November

Berlin	160
Hamburg	100
Auf Entfernung	15
Gesamt	275

Dazu: Ein *Spartakist*-Paket eurer Wahl

- Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo!
Stürzt Imperialisten durch Arbeiterrevolution!
- Permanente Revolution
von der Türkei bis Indonesien
- 1989/90 und heute: Kampf der Spartakisten für ein Rotes Rätendeutschland

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-
- Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

137

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin
Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60





Illustrated London News

Teheran, 1951: Stalinistische Tudeh-Partei kanalisierte plebejischen Kampf hinter bürgerlich-nationalistischen Mohammed Mossadegh, der von einem CIA-unterstützten Putsch 1953 gestürzt wurde

Topham Picture Library

Iran...

Fortsetzung von Seite 3

ermordet. Am nächsten Tag demonstrierten 10000 Studenten in Teheran, forderten den Rausschmiß des nationalen Polizeichefs und appellierten an Chatami, der 1997 hauptsächlich dank der Stimmen von Jugendlichen und Frauen gewählt worden war, sie zu unterstützen. Aber die zunehmende Desillusionierung der Studenten wurde schnell sichtbar, als sie riefen: „Chatami, wo bist du? Deine Studenten sind ermordet worden.“ Konfrontiert mit einer Bedrohung des islamischen Regimes, schloß sich Chatami sofort seinen Hardliner-Konkurrenten an und verurteilte die Studenten als Randalierer mit „teuflischen Zielen“, die „vorhaben, die Grundlagen des Systems zu attackieren und das Land in die Anarchie zu führen“ (*New York Times*, 14. Juli).

Die Studentendemonstrationen fielen mit einer weitverbreiteten allgemeinen Opposition gegen die Theokratie zusammen. Viele Studenten wollen, daß die alles durchdringende Moral-Polizei aus ihrem Leben verschwindet, und fordern, daß die drakonische Einschränkung der sexuellen Freiheit und der Meinungsfreiheit aufgehoben wird. Nachdem die islamische Hierarchie auf einer Protestwelle gegen den verhaßten Schah 1979 an die Macht gekommen war, hat die Hierarchie ein genauso tyrannisches Regime errichtet, das Arbeiter und Linke blutig unterdrückt, Frauen mit dem erstickenden Tschador, der von Kopf bis Fuß reicht, verklavt und die mörderische Unterwerfung der Kurden, Araber und der anderen nationalen und religiösen Minderheiten fortsetzt.

Die jetzige Generation von iranischen Jugendlichen – ganze zwei Drittel der Bevölkerung sind jünger als 25 Jahre – hat die Umwälzung von 1979 nicht selbst erlebt. Die Studentendemonstrationen brachten ein weitreichendes Verständnis zum Ausdruck, daß für das Regime der Ajatollahs der Anfang vom Ende gekommen ist. Wenn auch das mächtige iranische Proletariat während der Studentendemonstrationen im Sommer sein soziales Gewicht nicht in

den Kampf geworfen hat, so gab es doch in den letzten Jahren unzählige Streiks gegen die wachsende Arbeitslosigkeit und die Nichtzahlung von Löhnen. Die strategisch machtvollen Ölarbeiter sind im letzten Jahrzehnt wiederholt in Streik getreten. Zu den jüngsten Arbeiteraktionen, über die auf der Website der Fedajin (Minderheit) berichtet wurde, gehörte ein Streik der Mobarakeh-Stahlarbeiter am 1. Mai.

Die sich entfaltende Krise im Iran schreit nach einer revolutionären Avantgardepartei, die das Proletariat an der Spitze aller Unterdrückten in eine sozialistische Revolution führt, um das theokratische Regime und die kapitalistische Klassenherrschaft hinwegzufegen. Diese Partei muß gestählt sein durch die Lehren der blutigen Niederlage von 1979 – Lehren, die die heutigen Linken sich weigern zu ziehen. 1979 arbeitete die iranische Linke daran – zentral die stalinistische Tudeh-Partei, die eine breite proletarische Basis hatte –, die Arbeiterklasse, deren Streiks und Proteste wesentlich zum Sturz der Schah-Monarchie beitrugen, der reaktionären klerikalen Bewegung unter Ajatollah Chomeini unterzuordnen. Was notwendig war, war die unabhängige Mobilisierung des Proletariats in einem Kampf für seine eigene Staatsmacht. So forderte der Vorläufer der Internationalen Kommunistischen Liga, die internationale Spartacist-Tendenz: „Nieder mit dem Schah! Keine Unterstützung für die Mullahs! Für Arbeiterrevolution im Iran!“

Die Pseudolinke, die die Lüge der Bourgeoisie vom „Tod des Kommunismus“ voll übernommen hat, ist heute weltweit nicht großartig von Durchschnittsliberalen zu unterscheiden. Nachdem die Tudeh-Partei 1978/79 hinter Chomeini hergelaufen war und jubelte, als dessen Regime andere Linke in die Gefängnisse abschleppte, bejubelt die Tudeh-Partei jetzt in einer Erklärung vom 10. Juli die Forderung von iranischen Studentenführern, daß „die Regierung von Chatami ihr Versprechen nach Demokratie halten soll“. Protestdemonstrationen im Westen, wo linke Exil-Iraner, Liberale und Nationalisten zusammen auf die Straße gingen, waren genauso beschränkt auf Appelle für (bürgerliche) Demokratie. Sogar Anhänger der früheren Monarchie wurden bei diesen „Demokratie“-Kundgebungen willkommen geheißen!

So schloß ein Protest am 18. Juli in Hamburg am Anfang ein Kontingent von Monarchisten ein. Die Spartakist-Arbeiterpartei brandmarkte die Anwesenheit von Schah-Anhängern und argumentierte mit den Organisatoren des Protests, daß diese vertrieben werden müssen – aber vergeblich. Erst als die Monarchisten selber entschieden, mitten in der Demonstration abzuhaufen, und nachdem ein SpAD-Sprecher vom Mikro aus unser revolutionäres Programm für den Iran einbrachte, tauchten bei der Protestkundgebung plötzlich auch persische Flugblätter mit Hammer und Sichel aus der Versenkung auf. Heute verbündeten sich iranische Linke mit Monarchisten gegen die Mullahs; vor 20 Jahren verbündeten sie sich mit den Mullahs gegen die Monarchie. Der Verrat der Pseudolinken hat 1979 zur Unterdrückung der Arbeiter, Minderheiten und Frauen geführt, und genau diese Niederlagenpolitik setzen sie heute fort.

Nachfolgend drucken wir die Übersetzung eines Artikels aus *Workers Vanguard* Nr. 708 (5. März 1999) ab, der Zeitung der Spartacist League/U.S.

In dieses Jahr, am 11. Februar, fiel der 20. Jahrestag der reaktionären Herrschaft der Ajatollahs im Iran. Vor 20

Jahren führten die Ajatollahs eine Welle von Massenprotesten zum Sturz des verhaßten autokratischen Herrschers des Landes, Schah Mohammed Resa Pahlewi, und leiteten unter Ajatollah Ruhollah Chomeini eine reaktionäre Theokratie ein. Seitdem leiden die iranischen Arbeiter und Bauern, Frauen, die unterdrückten Nationalitäten und religiösen und ethnischen Minderheiten unter der tyrannischen Herrschaft der turbantragenden Ulema (dem Klerus), die ihre Vorherrschaft durch nackten Staatsterror, einen verwüstenden Krieg und die erstickenden Verbote des Koran aufrechterhalten hat.

Genau wie heute war der Iran in den Jahren 1978/79 ein Beispiel für die marxistische Theorie der kombinierten und ungleichmäßigen Entwicklung. Neben einem beträchtlichen, kämpferischen und strategisch bedeutenden Industrieproletariat gab es Tausende von Dörfern unter dem bestimmenden Einfluß der schiitischen klerikalen Kaste. Der Iran war ein chauvinistisches „Völkergefängnis“, das seine nichtpersischen Bevölkerungsteile unterdrückte, die die Mehrheit im Lande ausmachten. Am untersten Ende der sozialen Hierarchie standen die Millionen von schrecklich unterdrückten Frauen auf dem Land. Alle Flügel der iranischen herrschenden Klasse waren abhängig von einem wechselnden Spektrum imperialistischer Kreise und sichtlich unfähig, die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu lösen, die im Westen schon lange erreicht wurden.

In dieser Hinsicht ähnelt der Iran dem zaristischen Reich am Vorabend der Russischen Revolution von 1917. Aber es fehlte eine revolutionäre Führung wie die russischen Bolschewiki, die im Kampf dafür, die Arbeiterklasse zur Eroberung der Staatsmacht zu führen, als Volkstribun aller Unterdrückten handelten. Statt dessen wurde die Unzufriedenheit der unterschiedlichsten Kreise über die blutige Herrschaft des von den USA unterstützten Schah-Regimes in die Unterstützung für eine reaktionäre klerikale Bewegung kanalisiert, die Chomeini an die Macht brachte. Dieser Ausgang war eine bittere Niederlage für das Proletariat.

Die sogenannte „islamische Revolution“ von 1979 stellte eine *negative Bestätigung* der Theorie der permanenten Revolution des bolschewistischen Führers Leo Trotzki dar. In rückständigen Ländern wie dem Iran, wo die wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch die imperialistische Versklavung gehemmt wurde, stehen die historischen Errungenschaften der bürgerlich-demokratischen Revolutionen in Westeuropa und Nordamerika immer noch auf der Tagesordnung: Agrarrevolution, nationale Unabhängigkeit und Integration, soziale und wirtschaftliche Modernisierung. Daraus ziehen viele selbsternannte Linke die vollkommen falsche Schlußfolgerung, daß es eine „Revolution in Etappen“ geben müsse, wobei die erste Etappe von den „progressiven“ oder „antiimperialistischen“ Elementen der Bourgeoisie angeführt würde und auf eine „demokratische“ kapitalistische Herrschaft beschränkt bleiben müsse. Durch die Unterordnung des Proletariats unter die Bourgeoisie wird die sozialistische Revolution auf unbestimmte Zeit verschoben. Aber alle Flügel der Bourgeoisie in solchen Ländern sind zu rückständig und zu abhängig vom Imperialismus, um irgendeine fortschrittliche Rolle zu spielen.

Wie Trotzki hervorgehoben hat, ist nur das Proletariat an der Spitze der Bauern und der städtischen plebejischen Massen in der Lage, die Gesellschaften Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von den Ketten des reaktionären Traditionalismus und der imperialistischen Unterwerfung zu befreien. Mit der Eroberung der Staatsmacht und der Errichtung der Diktatur des Proletariats werden die Arbeiter der rückständigen Länder gezwungen sein, sozialistische Maßnahmen wie die Enteignung der Produktionsmittel und den

Aufbau einer Planwirtschaft einzuführen. Diese Revolutionen werden jedoch nur überleben und sich entwickeln können, wenn sie auf die fortgeschrittenen Staaten des Westens und auf Japan ausgeweitet werden.

1978/79 unterstützte die iranische Linke, vor allem die stalinistische Tudeh-Partei, im Namen der „antiimperialistischen“ Revolution die von Chomeini geführten Kräfte des reaktionären Traditionalismus. Der reaktionäre Charakter der islamischen Opposition war von Anfang an offensichtlich, vor allem durch ihre Position zur Frauenfrage. Die Feindschaft der Mullahs gegenüber dem Schah-Regime war zu einem großen Teil angefacht worden durch ihren abgrundtiefen Haß auf die verwestlichten Ansichten und Verhaltensweisen einer dünnen Schicht von privilegierten iranischen Frauen. Die schiitische Hierarchie befürchtete, daß solche „befreiten“ Ansichten zu den Bauernfrauen in den Dörfern und den Arbeiterinnen in den Städten durchsickern könnten, was den streng patriarchalischen Charakter der iranischen Gesellschaft in seinem Fundament unterminiert hätte.

Auch heute wieder unterminieren mächtige Kräfte den unterdrückerischen Traditionalismus der iranischen Gesellschaft und die Herrschaft ihrer klerikalen Wächter. In den letzten Jahren ist Iran von Arbeiterstreiks erschüttert worden und von Protesten von Frauen, die von ihrem sklavenähnlichen Status, symbolisiert durch den erstickenden Tschador (Schleier), genug haben. Jugendliche haben begonnen, sich offen der konservativen Moral der Moschee zu widersetzen, sie sehen sich Filme an oder lesen Bücher, die von den religiösen Zensoren als Beispiele westlicher „Dekadenz“ verdammt werden.

Als Reaktion darauf hat das Regime eine Terrorkampagne in Gang gesetzt, da Teile des Regimes offensichtlich befürchten, daß selbst durch eine begrenzte Liberalisierung Kräfte in Bewegung gesetzt werden, die die Mullah-Herrschaft bedrohen könnten. Die Ermordung von oppositionellen Schriftstellern und Persönlichkeiten des politischen Lebens soll alle unruhigen Elemente einschüchtern, kritische Zeitungen und Zeitschriften werden immer wieder verboten.

Fortgesetzt auf Seite 12

Spartakist-Veranstaltungen

**1989/90 und heute:
Der Kampf der Spartakisten
für ein Rotes Rätedeutschland**

BERLIN

**Dienstag, 16. November
18.30 Uhr**

Humboldt-Universität
Hauptgebäude, Raum 2091/92
Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

HAMBURG

**Mittwoch, 17. November
19.00 Uhr**

Werkstatt 3, Seminarraum
Nernstweg 32-34 (S-Bahn Altona)
Kontakt: (0 40) 32 36 44



Perry Kretz

Nach 55 Jahren: SPD/Grünen-geführter deutscher Imperialismus läßt Panzer wieder im Kampfeinsatz auf dem Balkan rollen

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 2

ein Fünftel der Bevölkerung des Balkans ermordeten. Die *Berliner Zeitung* (25. März) bemerkte: „Daß eine rot-grüne Regierung Einheiten der Bundeswehr zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik in einen Kriegseinsatz führt, erspart dem Land einen unproduktiven ideologischen und politischen Streit.“

Es gab hörbare Proteste in der Arbeiterklasse gegen diesen Krieg, zum Beispiel am 1. Mai, als Gewerkschaftsführer, die die Regierung unterstützten, ausgebuht wurden. So geschah es auch dem „linken“ IG-Medien-Chef Detlef Hensche in Berlin. Die Internationale Kommunistische Liga intervenierte am 1. Mai mit einer Erklärung: „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution – verteidigt Serbien!“ Wir gaben der kapitalistischen Milošević-Regierung keinerlei politische Unterstützung, aber wir sagten, daß die Unabhängigkeit des Kosovo während dieses Kriegs der Verteidigung Serbiens gegen imperialistische Angriffe untergeordnet war, und daß die UCK-„Freiheitskämpfer“ nur als Handlanger und Bodentruppen der NATO agierten. Wie alle Sektionen der IKL beteiligten wir uns an der Spendenkampagne für jugoslawische Arbeiter, die die italienischen COBAS (Basiskomitees) bei Alfa Romeo organisiert hatten. Trotz tiefgehender politischer Differenzen mit den COBAS und auch mit der IG Medien und anderen Gewerkschaftern in Deutschland, die eine ähnliche Kampagne für Arbeiter in Kragujevac organisierten, beteiligten wir uns im Geist der Einheitsfront: getrennt marschieren, vereint schlagen. Die Kampagne gab Arbeitern die Möglichkeit, konkret gegen ihre „eigenen“ imperialistischen Herrscher zu handeln in Verteidigung jugoslawischer Arbeiter.

Der Balkankrieg und die PDS

Die PDS, unterstützt von einem großen Teil der Pseudolinken, arbeitete Überstunden, um die Proteste gegen den Krieg zu kanalisieren und einzudämmen. Ihr Vorläufer an der Spitze des deformierten Arbeiterstaates DDR, die SED, war eine parasitäre herrschende stalinistische Kaste, die die politische Macht innehatte. Ihr Programm des „Sozialismus in einem (halben) Land“ war *entgegengesetzt und feindlich* zu einer klassenkämpferischen Perspektive. Sie verbreitete die Lüge eines „fortschrittlichen Flügels“ des Imperialismus oder sogenannter „friedensliebender“ kapitalistischer Länder, mit denen sie „koexistieren“ könnten. So hatten sie

schon immer ein Programm der Klassenkollaboration, und nachdem sie die Konterrevolution geführt und die DDR ausgeliefert hatten, waren sie von einer gewöhnlichen sozialdemokratischen Partei nicht mehr zu unterscheiden. Die PDS betonte immer und überall ihr Ziel – und bewies es in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern –, die SPD bei der Verwaltung des Kapitalismus zu unterstützen. Sie ist berüchtigt dafür, die „Debatte“ mit Faschisten zu suchen und „Verständnis“ für rassistische Parolen zu zeigen. Heike Werner, eine PDS-Kandidatin in Sachsen, gab kürzlich zu: „Dann und wann bereite ihr die Partei schlaflose Nächte –, wenn die eigenen Genossen gegen Ausländer oder Sozialhilfemißbrauch wettern“ (*Tagesspiegel*, 14. September).

Nun versuchte sich die PDS also als „Antikriegspartei“ zu profilieren – mit nationalistischen Parolen gegen die amerikanisch dominierte NATO. Sie riefen nach einer „UNO-Friedenstruppe – ohne Beteiligung jetzt angreifender NATO-Staaten“ (*junge Welt*, 12./

13. Mai). Sie forderten also das Eingreifen imperialistischer Truppen, nur sollte dies durch die UNO geschehen, in der der deutsche Imperialismus größeres Gewicht und auch Rußland eine Stimme hat! Die PDS hatte auch die Rückkehr der OSZE-„Beobachter“ in den Kosovo gefordert, deren Aktivitäten direkt vom deutschen Imperialismus dominiert werden. Dieser spielte eine Schlüsselrolle dabei, das allseitige nationalistische Blutbad auf dem Balkan zu entzünden, als er auf Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens drängte in seinem Kreuzzug, den früheren deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien durch kapitalistische Konterrevolution zu zerstören.

Die PDS ist keinesfalls „Opposition“, sondern versucht nachdrücklich, ihre Verbindungen nach Osteuropa und zur früheren Sowjetunion an ihre neuen Herren, die deutsche Bourgeoisie, zu verhöckern. Der außenpolitische Sprecher der PDS Gehrcke zog die deutsch-nationale Karte und warnte vor „irreparable[n] Schäden für Deutschland, wenn sich das Verhältnis zu Rußland infolge des Kosovokrieges derart verschlechtern würde“ (PDS-Presseerklärung, 28. Mai). Dies entspricht der Perspektive eines Sektors der deutschen Bourgeoisie und ebenso des Lafontaine-Flügels der SPD nach stärkerem Antiamerikanismus und einem Bündnis mit dem kapitalistischen Rußland. Ziel davon ist, dem deutschen Imperialismus Zugang zum Atomarsenal Rußlands und zum Erdöl des Kaukasus und des Kaspischen Meers zu geben und dadurch Deutschland unabhängig vom US-Imperialismus zu machen. Gernot Erler, für Außenpolitik zuständiger Vize-Fraktionsvorsitzender der SPD, warf bereits vor dem Krieg Washington vor, „mit ‚zahlreichen Affronts‘ gegen Moskau gegen europäische Interessen zu verstoßen... Im Interesse Europas sei es, Moskau aktiv einzubeziehen, zum Beispiel in Kosovo“ (Online-Texte der *Frankfurter Rundschau*, 29. Januar). Das passierte dann auch: es war Schröder, dem Tschernomyrdin Bericht erstattete über seine Verhandlungen mit Milošević. So soll Deutschland in die Lage versetzt werden, eine globale Rolle zu spielen und international mit den USA zu konkurrieren. Diese interimperialistischen Rivalitäten werden zu einem dritten Weltkrieg führen, wenn die Arbeiterklasse nicht die Imperialisten stoppt, indem sie sie durch sozialistische Revolution stürzt.

Der größte Teil der Pseudolinken griff bereitwillig das heuchlerische Wehklagen der imperialistischen Kriegspropaganda um das „arme kleine Kosovo“ auf, froh darüber, einen Grund für die Unterstützung ihrer eigenen Regierung zu finden. Die Gruppe Arbeitermacht (GAM) behauptete,

sie stehe für eine „doppelte Verteidigung der Serben (gegen die NATO) und der Kosovaren (gegen Serbien)“ („Der Kosova-Krieg und die Aufgaben der Revolutionäre“, 16. Mai). Aber die wirkliche Linie der GAM war offene Unterstützung für den imperialistischen Krieg. Sie forderten: „Sieg dem albanischen Freiheitskampf!“ und „Waffen für die Befreiungsbewegung im Kosovo!“ (*Arbeitermacht*, April/Mai 1999). Die österreichische Schwesterorganisation der GAM griff sogar die Imperialisten dafür an, Serbien nicht effektiv genug zu bombardieren (*ArbeiterInnenstandpunkt*, März 1999). Und ihre britische Mutterorganisation Workers Power marschierte im Einklang mit Blairs Labour-Regierung, die von allen imperialistischen Mächten am kriegesrischsten auftrat. Sie beteiligten sich am 10. April in London an einer Kundgebung für „Arbeiterhilfe für Kosovo“, die durchsetzt war mit Losungen wie „Viel Glück, NATO“ und „NATO – jetzt oder nie“.

Die Unterstützung der GAM für die Kriegsziele ihrer eigenen Bourgeoisie hängt direkt mit ihrer Unterstützung der Schröder-Regierung bei den Bundestagswahlen 1998 zusammen und, noch grundlegender, mit ihrer Unterstützung für die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und für Jelzins Konterrevolution in der Sowjetunion.

Die reformistische Gruppe Linksruck machte der PDS in Sachen Antiamerikanismus Konkurrenz: „In den vergangenen 100 Jahren war der US-Imperialismus zweifelsohne die aggressivste Macht der Welt“ (Broschüre „Perspektiven für Frieden auf dem Balkan“, 1999). Sie sagten „NATO raus aus dem Balkan“, aber nur mit dem Hinweis auf die „drückende Dominanz“ der USA innerhalb der NATO (*Linksruck*, Mai 1999). Callinicos, ein führender Sprecher der Socialist Workers Party, britische Mutterorganisation von Linksruck, unterschrieb eine Erklärung, die *eine OSZE-Intervention im Kosovo forderte* als Alternative zur NATO: „Die NATO ist nicht der einzige und schon gar nicht der beste Angelpunkt für eine Übereinkunft. Man könnte die Elemente einer multinationalen Polizeitruppe (die besonders Serben und Albaner einschließt) in den Reihen der OSZE finden, um eine Übergangsregelung durchzusetzen“ (*New Statesman*, 10. Mai). Linksruck forderte auch „Bildung und Arbeit statt Bomben auf Belgrad“ in der Tradition von „Butter statt Kanonen“, eine durch und durch reformistische, nationalistische Losung, die die Kapitalisten ermahnt, ihre Profite doch besser im „nationalen Interesse“ einzusetzen. Aber die intensiviertere Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Land und die Bombardierung und Besetzung des Balkan sind nicht Ausdruck einer schlechten Politik, die geändert werden kann. Beides ist integraler Ausdruck des Imperialismus in seinem Drang, die Welt neu aufzuteilen. Der einzige Weg, den Imperialisten in den Arm zu fallen, ist es, dieses ganze verrottete System durch proletarische Revolution zu zerschlagen.

Heute hat die PDS – und die deutsche Bourgeoisie – ihre Ziele teilweise erreicht: Die Bombardierung ist beendet, imperialistische Truppen besetzen den verwüsteten Balkan, Hauptwährung im Kosovo ist die D-Mark. Kriegsminister Scharping tönt: „Bundeswehr muß noch Jahre auf dem Balkan bleiben“ (*Süddeutsche Zeitung*, 4./5. September). Von dem Moment an, als imperialistische Truppen in den

Von IKL-Sektionen und -Verteidigungsorganisationen auf das COBAS-Konto überwiesene Gelder für die Zastava-Kampagne

Gelder, die von der IKL und brüderlich verbundenen Organisationen gesammelt und von den COBAS in ihrer Quittung vom 9. September 1999 bestätigt wurden, nach Ländern aufgelistet.

Land	Verteidigungsgruppe/IKL-Sektion	US\$ gesamt*
Australien	Partisan Defence Committee	834,49
Britannien	Partisan Defence Committee	2359,23
Deutschland	Komitee für soziale Verteidigung	1104,30
Frankreich	Comité de défense sociale	420,71
Irland	Partisan Defence Committee	404,77
Italien	Comitato di difesa sociale e proletaria	348,26
Japan	Partisan Defense Committee	520,86
Kanada	Partisan Defense Committee	756,25
Mexiko	Grupo Espartaquista	351,09
Polen	Platforma Spartakusowców	79,03
Südafrika	Spartacist South Africa	18,07
USA	Partisan Defense Committee	3534,40
Gesamtsumme		\$ 10731,46

* Dies entspricht einer Gesamtsumme von 19690713 Lire (zum Umtauschkurs vom 9. September) oder DM 19889,61.

Zusätzlich zu dem oben angegebenen wurden am 7. September weitere US\$ 686,30 aus New York vom Partisan Defense Committee überwiesen, die noch nicht auf dem COBAS-Konto angekommen sind.

Kosovo einrollten, begann ein mörderischer Terror gegen die noch verbliebene Bevölkerung von Serben und Roma, ganze Familien wurden abgeschlachtet. Wir sagen: Nieder mit imperialistischer Besetzung des Kosovo! Bundeswehr, NATO, UNO, OSZE – Raus aus dem Balkan!

Für Klassenkampf gegen rassistischen Staatsterror und gegen die Faschisten

Die Empörung in der Arbeiterklasse richtet sich gegen die Sozialkürzungen, die die Schwächsten in der Gesellschaft treffen: Frauen, Immigranten, alte Menschen. Die ÖTV-Bürokraten machten Überstunden bei dem Versuch, Proteste zu desorganisieren gegen Krankenhausschließungen in Berlin, die hauptsächlich geplant sind für Gebiete wie Kreuzberg, wo viele Immigranten leben. Trotzdem fanden Demonstrationen statt, was die Wut an der Basis widerspiegelt. ÖTV-Bürokraten übernehmen zusammen mit der SPD/CDU-Regierung in Berlin direkte Verantwortung für die Schließung von Krankenhäusern und Entlassungen (*Berliner Zeitung*, 16. September). In zahlreichen anderen Bereichen des privatisierten öffentlichen Sektors wechselten oberste Gewerkschaftsbürokraten, wie der ehemalige ÖTV-Vorsitzende Berlins, Lange, auf einen Chefsessel der Beweg, während der ehemalige Personalratsvorsitzende der BVG, Mehner, zum Personalchef der BVG aufstieg, um in Komplizenschaft mit der SPD Tausende Arbeiter zum Arbeitsamt zu schicken (*Berliner Zeitung*, 3. Februar 1998).

Niedriglohnsysteme florieren. Um ihre Basis zu beruhigen, appelliert die Gewerkschaftsführung an die SPD-geführte kapitalistische Regierung, gesetzliche Verbesserungen durchzuführen. Diese Appelle sollen Illusionen in diese Regierung säen und entwaffnen so die Arbeiterklasse. Im Gegensatz dazu zeigten die amerikanischen Teamsters [Transportarbeitergewerkschaft] bei UPS – die hauptsächlich in Teilzeitarbeit Knochenbrecherjobs für erbärmliche Löhne verrichten mußten – in ihrem Streik vor zwei Jahren, daß die Arbeiterklasse durch Klassenkampf gegen das Niedriglohnsystem vorgehen und Siege erringen kann. Wie unsere Genossen der Spartacist League/U.S. in einer Extraausgabe von *Workers Vanguard* zum UPS-Streik schrieben:

Fortgesetzt auf Seite 8

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 7

„Eine wirkliche Arbeiterpartei muß von dem Verständnis ausgehen, daß die Arbeiter nur dann für ihre Interessen kämpfen und alle Unterdrückten verteidigen können, wenn sie massenhaft zum Kampf mobilisieren.“

Die Massenarbeitslosigkeit bietet einen Nährboden für Faschisten und ist ein zentrales Werkzeug der Bourgeoisie, um die Kampfkraft der Arbeiterklasse niederzudrücken. Die Situation schreit nach einer wirklichen Kampagne zur Organisation der Unorganisierten, besonders der „illegalen“ Arbeiter, ausländischer Arbeiter, Immigranten und Frauen, um Rassismus und Nationalismus zu durchschneiden. Kein klassenkollaborationistisches „Bündnis für Arbeit“, sondern Klassenkampf für volle Gewerkschaftslöhne, Sozialleistungen und Absicherungen für alle! Weg mit den Niedriglohnsystemen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gegen Arbeitslosigkeit: Kampf für eine kürzere Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich! Auch nur das grundlegendste Recht auf Arbeit bei anständigem Lohn zu verwirklichen, bedeutet, das kapitalistische Profitsystem direkt herauszufordern. Im Übergangsprogramm von 1938 – einem System von Forderungen, das die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter mit dem Kampf für die proletarische Staatsmacht verbindet – hielt Trotzki fest:

„Es handelt sich darum, das Proletariat vor Verfall, Demoralisierung und Untergang zu bewahren. Es geht um Leben oder Tod der einzigen schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit. Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Forderungen zu erfüllen, die sich unvermeidlich aus dem durch ihn geschaffenen Elend ergeben, dann soll er zugrunde gehen.“

Einer der ersten Akte der SPD/Grünen-Regierung war ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz, das den einzigen Zweck verfolgte, Immigranten zu bespitzeln und zu „sortieren“: einige wenige erhielten die jederzeit widerrufbare doppelte Staatsbürgerschaft, die anderen wurden praktisch zur Abschiebung vorgemerkt (siehe „SPD-Staatsbürgerschaftsgesetz ist rassistischer Angriff auf die Arbeiterklasse“, *Spartakist* Nr. 135, Frühjahr 1999). Der „linke“ SPDler Lafontaine – übrigens einer der „Vordenker“ der „Flexibilisierung der Arbeit“ im Interesse der Bosse – war bei der Verabschiedung dieses Gesetzes noch Mitglied der Regierung. Dabei konnte er seine eigenen Erfahrungen einbringen: Als langjähriger Ministerpräsident im Saarland war er verantwortlich für eine Welle von Abschiebungen und für rassistische Maßnahmen gegen Roma. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Für gewerkschaftliche Mobilisierungen gegen Abschiebungen!

Offener rassistischer Staatsterror dient dem Zweck, die multiethnische Arbeiterklasse zu spalten und einzuschüchtern, von der Mißhandlung und Ermordung Asylsuchender bei der Abschiebung über die Kampagne gegen Kurden nach der Verhaftung Öcalans bis zu rassistischen Willkürmaßnahmen wie dem Unterrichtsverbot gegen Lehrerinnen muslimischen Glaubens, die ein Kopftuch tragen – zuletzt durchgesetzt von der SPD-Kultusministerin Niedersachsen. Und Schröder schwor kurz nach seinem Amtsantritt, die Interessen der deutschen Industrie und des Staates gegen die Ansprüche der wenigen überlebenden Zwangsarbeiter der Konzentrations- und Todeslager der Nazis zu verteidigen. Safwan Eid, Opfer eines Nazi-Brandanschlags, bei dem vor drei Jahren in Lübeck zehn Menschen starben, steht zum zweiten Mal als Angeklagter vor Gericht, während die Nazis, die in der Nähe des Verbrechens mit Brandspuren aufgegriffen wurden, frei herumlaufen. Gegenwärtig finden Prozesse statt gegen Kurden, die das

Massaker vor dem israelischen Konsulat in Berlin überleben, als vier Kurden kaltblütig von Sicherheitsbeamten ermordet wurden. Die Arbeiterbewegung muß dafür kämpfen, daß alle Anklagen niedergeschlagen und alle verhafteten Kurden sofort freigelassen werden. Weg mit dem Verbot der PKK und der anderen kurdischen Organisationen!

Der „legale“ Staatsterror ermutigt den Terror der Nazi-banden auf der Straße. Fast jeden Tag gibt es mörderische Überfälle auf Immigranten; regelmäßig finden Naziaufmärsche statt, geschützt von Bullen. Appelle an die SPD, etwas gegen die Nazis zu unternehmen, sind ebenso impotent wie selbstmörderisch: die SPD *regiert* den Staat der Bourgeoisie, die die Faschisten als Schläger gegen die Arbeiterbewegung in Reserve hält, und wird ihre Bullen immer gegen die Linken hetzen.

Wir treten ein für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Nazis zu stoppen! Die einzige Kraft, die Schluß machen kann mit dem faschistischen Terror und mit dem kapitalistischen System, das Faschismus, Krieg und Elend hervorbringt, ist die Arbeiterklasse. Die eingewanderten Arbeiter, durch ihre Herkunft und ihre tagtäglichen Erfahrungen mit der rassistischen Regierungspolitik im allgemeinen weniger empfänglich für sozialdemokratische Lügen, werden in diesem Kampf eine Schlüsselrolle spielen. Deutsche und immigrierte Arbeiter werden nur gemeinsam vorwärtsgehen – oder sie werden getrennt zurückgeschlagen. Um die Macht der multiethnischen Arbeiterklasse zu mobilisieren, ist eine revolutionäre Partei nötig, die kommunistisches Bewußtsein in die Arbeiterklasse trägt.

SPD, Gewerkschaften und revolutionäre Führung

Vor dem Politischen Forum der IG Metall sagte der Politikwissenschaftler Bodo Zeuner: „Der Qualitätssprung von 1959 [Godesberger Programm, wo die SPD sich das Etikett „Volkspartei“ anstelle von „Arbeiterpartei“ gab] bedeutete die Abwendung der SPD von der Tradition des Marxismus. Der Qualitätssprung von 1999 besteht, wenn mich nicht alles täuscht, in der Abwendung der SPD von der Tradition der Arbeiterbewegung überhaupt“ (*Frankfurter Rundschau*, 17. Juni).

Aber der Qualitätssprung fand 1914 statt, als die SPD die Arbeiterklasse auf die Schlachtbank des imperialistischen Kriegs schickte. In Lenins Worten wurden die SPD-Führer zu „Arbeiterkommis des Kapitals“, Rosa Luxemburg sprach scharf über den „stinkenden Leichnam der Sozialdemokratie“. 1918/19 schlug die SPD zusammen mit den faschistischen Freikorps die deutsche Revolution nieder und ermordete die Führung der jungen Kommunistischen Partei, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. In den darauffolgenden Jahren schickten sie Freikorps und Wehrmacht los, um die Arbeiterklasse zu terrorisieren und blutig niederzuhalten.

1923, als nach der französischen Besetzung der Ruhr eine außergewöhnliche revolutionäre Situation entstand, existierten kapitalistische SPD-Regierungen in Thüringen und Sachsen. Die damals revolutionäre KPD hegte Illusionen, den „linken“ Teil der SPD in Richtung Revolution drängen zu können und trat sogar in diese Regierungen ein. Dieser grundlegende Fehler war der Hauptgrund, warum die KPD den Aufstand nicht organisierte, die revolutionäre Gelegenheit vorüberziehen ließ, obwohl die Mehrheit des deutschen Proletariats auf die KPD sah und darauf wartete, daß sie handelte.

Die nächste scharfe Krise, die nach einer revolutionären Lösung schrie, kam in den späten 20er und frühen 30er Jahren. In „Soll der Faschismus wirklich siegen? Deutschland – der Schlüssel zur internationalen Lage“ erklärte Trotzki die Gründe für das Wachstum der Faschisten und beleuchtete die Verantwortung der stalinistischen KPD-Führung, die

nicht darum kämpfte, die Arbeiter von der SPD zu brechen: „Der Faschismus ist ein Produkt zweier Faktoren: der scharfen sozialen Krise und der revolutionären Schwäche des deutschen Proletariats. Die Schwäche des Proletariats setzt sich ihrerseits aus zwei Elementen zusammen: aus der besonderen historischen Rolle der Sozialdemokratie, dieser allmächtigen kapitalistischen Agentur in den Reihen des Proletariats, und aus der Unfähigkeit der zentristischen Leitung der Kommunistischen Partei, die Arbeiter unter dem Banner der Revolution zu vereinigen.“ (*Schriften über Deutschland*, Bd. 1)

Nach der Katastrophe 1933, der kampflosen Kapitulation der KPD vor Hitler, rief Trotzki zum Aufbau einer neuen bolschewistischen Partei in Deutschland und – nachdem sich keine Stimme des Protests in der Komintern erhoben hatte – für den Aufbau der Vierten Internationale auf.

Zeuner wirft in dem oben genannten Artikel die Frage auf, ob jetzt nicht die Gewerkschaften eigenständig, „ohne die Verbindung mit einer bestimmten Partei“, die „politische Tradition der Arbeiterbewegung“ vertreten könnten. Nun, die „politische Tradition“, von der Zeuner spricht, ist die der SPD und der Klassenkollaboration, und folgerichtig fordert er die Gewerkschaften auf, das „Bündnis für Arbeit“ als Spielwiese der Eigenständigkeit zu nutzen. Lenin schrieb über die materielle Basis dieser Politik – die Gewerkschaftsbürokraten, die Arbeiteraristokratie, eine privilegierte Schicht, die von den Krümeln bezahlt wird, die vom Tisch der Kapitalisten abfallen. Innerhalb der SPD vor 1914 war es gerade die Gewerkschaftsbürokratie und auch ein Teil der Parlamentarier, die den rechten Flügel der Partei ausmachten.

Wir stehen in der *revolutionären* Tradition der Arbeiterbewegung. Wir wissen, daß die Gewerkschaftsbürokratie über tausend klebrige Fäden mit SPD/PDS und dem bürgerlichen Staat innigst verbunden ist. Der IG-Bau-Boß Wiesehügel, Herr Niedriglohn höchstpersönlich, drängte

darauf, daß Bullen und Hilfsbullen Baustellen überwachen sollen, um „illegale“ Arbeiter zu jagen. Durch diese Hetze gegen Arbeiter aus anderen Ländern drängt er rückständige Teile seiner Basis den Faschisten in die Arme. Wiesehügel gilt als „linker“ SPDler.

Die Gewerkschaftsführung hätschelt in ihren Reihen die „Gewerkschaft“ der Polizei – die bewaffneten Organe der Kapitalisten, die professionellen Streikbrecher und Schläger. Wir sagen: Polizisten sind keine „Kollegen“ und kein Teil der Arbeiterbewegung! Polizei raus aus dem DGB!

Als HBV-Mitglieder (zu 70 Prozent Frauen) in kämpferischen Demonstrationen gegen die rapide Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf die Straße gingen, kanalisiert die HBV-Bürokraten dies in eine Kampagne zur Aufrechterhaltung des reaktionären Ladenschlußgesetzes. Sie forderten die Bullen auf, das Gesetz durchzusetzen – ein Kreuzzug gemeinsam mit dem Papst für bürgerliche Moral, „Familienwerte“ und die Heiligkeit des Sonntags. Das Ladenschlußgesetz ist ebenso wie zum Beispiel die „licensing hours“ in Britannien (die Zeiten, in denen Alkohol ausgeschenkt werden darf) ein Versuch der Bourgeoisie, ihre ideologischen Werte und ihre Kontrolle der Gesellschaft aufzuzwingen – selbst wenn das vielleicht ein wenig an ihrem Profit knabbert. Wir sind für die Abschaffung dieses Gesetzes, das die Zwangsjacke der bürgerlichen Familie, die doppelte Unterdrückung der Frauen, noch verschärft, die heute meist die Hauptlast der Hausarbeit erledigen und dabei auch noch zeitlich reglementiert werden sollen. Dieses Gesetz hat nichts mit „Schutz“ der Arbeiter zu tun – aber alles mit dem Versuch der Gewerkschaftsbürokratie, ihre Mitgliedschaft von einem organisierten Kampf gegen die Kapitalisten abzuhalten.

Trotzki stellte fest:

„Er [der Kapitalismus] verlangt von der reformistischen Bürokratie und der Arbeiteraristokratie, welche die
Fortgesetzt auf Seite 10

Korrektur:

In unserer Polemik „Ihre Tarnung: ‚NATO raus!‘, ihre Botschaft: Krieg unter EU-Kontrolle“ (*Spartakist* Nr. 136, Sommer 1999) schrieben wir, „daß der Ruf des RSB [Revolutionär Sozialistischer Bund] nach UN-Truppen, um die Kosovaren zu ‚schützen‘, und seine Losung ‚Weder NATO noch Milošević!‘ eine Variante der Unterstützung des deutschen Imperialismus ist.“ Wir korrigieren: Es war nicht der RSB, sondern seine französische Schwesterpartei, die Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), Flaggschiff des „Vereinigten Sekretariats“ (VS), die am 8. April in ihrer Zeitung *Rouge* eine „multinationale Truppe unter UN-Kontrolle“, die einen imperialistischen „Vertrag“ mit Serbien überwachen sollte, forderte. Schon am 31. März forderten Führer der LCR mit anderen: „Man hätte im Rahmen der OSZE die Bedingungen für eine multinationale Polizeieinheit (vor allem zusammengesetzt aus Serben und Albanern) herstellen können, um ein Übergangsabkommen umzusetzen.“ Diesen Aufruf druckte der RSB prominent in seiner eigenen Zeitung ab (*Avanti*, Mai 1999).

Der Balkankrieg bot ein Beispiel, wie die VS-Sektionen ihren jeweiligen Sozialdemokratien hinterherliefen und so die Kriegspolitik ihrer „eigenen“ Bourgeoisien unterstützten. Jahrzehnte schon kriecht die LCR der sozialdemokratischen KPF hinterher. Jetzt sitzt die KPF in der imperialistischen Regierung Frankreichs, die brutale Angriffe gegen die Arbeiterklasse und rassistischen Staatsterror gegen Immigranten führt und gerade Bomben auf Serbien warf. Gleichzeitig prangern KPF und LCR die NATO-Bombardierungen und die führende Rolle der USA in der NATO an. Der Auf-

ruf der LCR für OSZE- oder UN-Intervention auf dem Balkan ist eine sozialchauvinistische Unterstützung der französischen Bourgeoisie, die kein Interesse an einem US-dominierten Balkan hat.

Der RSB forderte zwar: „Sofortiger Rückzug aller deutschen und NATO-Truppen vom Balkan!“ Aber das hat nichts mit revolutionärer Opposition zum deutschen Imperialismus zu tun. Im Gegenteil, während die Bomben fielen, übernahm der RSB die heuchlerische Kriegspropaganda von Schröder & Co. über das „arme kleine Kosovo“ und forderte: „Für das Selbstbestimmungsrecht der AlbanerInnen bis hin zur Lostrennung!“ (Erklärung des Politischen Sekretariats des RSB, undatiert, eingelegt in *Avanti*, April 1999). Aber für Revolutionäre war das Selbstbestimmungsrecht der Kosovo-Albaner während der Bombardierungen der militärischen Verteidigung Serbiens gegen die NATO untergeordnet!

Außerdem rief der RSB 1998 zur Wahl der sozialdemokratischen PDS auf. Die wiederum forderte während des Krieges die Rückkehr der 2000 OSZE-„Beobachter“ und eine „UNO-Friedenstruppe – ohne Beteiligung jetzt angreifender NATO-Staaten“ (*junge Welt*, 12./13. Mai). Die PDS im Klartext: US-geführte NATO raus; UNO und vom deutschen Imperialismus dominierte OSZE rein.

Die Internationale Kommunistische Liga intervenierte weltweit: „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution – Verteidigt Serbien!“ Zentristische Gruppen wie der RSB sind Barrieren dagegen, der Arbeiterklasse revolutionäres Bewußtsein zu bringen. Teil des Kampfes der IKL, Trotzki's Vierte Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution wiederzuschmieden, ist es, diese Barrieren durch politischen Kampf aus dem Weg zu räumen. ■

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 9

Brosamen von seiner Festtafel auflesen, daß sie sich beide vor den Augen der Arbeiterklasse in seine politische Polizei verwandeln... Die Gewerkschaften in unserer Epoche können entweder als Hilfsinstrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden.“ („Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niederganges“, August 1940)

1989/90: Für ein Rotes Rätendeutschland!

Die beginnende politische Revolution in der DDR 1989/90 gegen die stalinistische bürokratische Kaste zeigte die potentielle Macht der Arbeiterklasse. Unsere internationale Partei intervenierte als revolutionäre Führung gegen die Konterrevolution, für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch sozialistische Revolution im Westen und proletarisch-politische Revolution im Osten, für ein Rotes Rätendeutschland. Unser Programm faßte mit rasender Geschwindigkeit Fuß und wurde begierig aufgegriffen von Arbeitern, die nach einer sozialistischen revolutionären Perspektive suchten. Im Januar 1990 initiierten wir eine Einheitsfront gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow, die von der SED-PDS unter dem Druck ihrer Basis in den Betrieben aufgegriffen wurde. Eine Viertelmillion Menschen kamen zu einer proletarischen, prosozialistischen internationalistischen Kundgebung, auf der sich die entgegengesetzten Programme des Stalinismus und des Trotzismus klar darstellten. Von der Rednertribüne aus riefen Spartakist-Sprecher zu Arbeiter- und Soldatenräten auf, prangerten die Ausverkaufspolitik der Stalinisten und das „Trojanische Pferd der Konterrevolution“, die SPD, an. Nach Treptow, aufgeschreckt durch diese Demonstration proletarischer Macht, starteten die Bourgeoisie und ihr Lakai SPD einen gewaltigen Ansturm, um die Konterrevolution schnell durchzudrücken. Und die PDS, selbst tödlich erschrocken durch das Gespenst einer politischen Revolution der Arbeiter, die sie hinwegfegen würde, startete ihrerseits mit Modrows „Deutschland, einig Vaterland“ eine Offensive und **führte die Konterrevolution**. Heute posieren diese Verräter als „Opposition“ im Vierten Reich, das mit ihrer Hilfe zustandekam.

Die Pseudolinken, die russische Frage und die SPD-Regierung

Wir Trotzisten kämpften für die Verteidigung und Ausweitung der revolutionären Errungenschaften der Arbeiterklasse, verkörpert in den proletarischen Eigentumsformen der ehemaligen Arbeiterstaaten im Sowjetblock. Wir standen für die bedingungslose militärische Verteidigung der bürokratisch degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Aggression und innere Konterrevolution. Wir kämpften für proletarisch-politische Revolution, die Mobilisierung der Arbeiter, um der stalinistischen Bürokratie die Macht zu entreißen. Dies ist eine dringende Aufgabe für Revolutionäre heute in den noch existierenden deformierten Arbeiterstaaten China, Vietnam, Kuba und Nordkorea. James P. Cannon, der Begründer des Trotzismus in den USA, stellte fest: „Die russische Frage war und bleibt die Frage der Revolution.“ Der negative Beweis dafür sind praktisch alle anderen Gruppen der Linken, die sich immer wieder auf die Seite ihrer eigenen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion stellten, die Konterrevolution in der DDR unterstützten und heute als Satelliten der SPD auf die eine oder andere Weise mit dem „Tod des Kommunismus“

hausieren gehen.

Dies ist auch die Geschichte der GAM. Heute, wo die Arbeiter in der ganzen Welt den ungezügelten Triumph der Bourgeoisie über das Ende der Sowjetunion erleiden, bejubeln GAM/WP in einem Manifest „Eine neue Morgendämmerung für die Menschheit“ (*Workers Power*, Oktober 1997) das Ende von „Jahrzehnten stalinistischer Diktatur“ (siehe auch „Zentristen der Marke ‚Tod des Kommunismus‘“, *Spartakist* Nr. 133, Herbst 1998).

Die GAM liebt es, über „revolutionäres Programm“ und eine „revolutionäre Partei“ zu reden – das taten sie sogar, während sie die Kriegsziele ihrer „eigenen“ Bourgeoisie unterstützten. Worauf aber wollen sie hinaus: „Wir sind bereit, mit den SPD- und PDS-Anhängern gemeinsam Druck auf ‚ihre‘ Parteien auszuüben und gegen die Kapitalisten zu kämpfen.“ Sie beklagen „Lafontaines unrühmliche Kapitulation“ und wenden sich bittend an die Regierung, genau wie alle Pseudolinken es tun: „Jetzt müssen die Versprechungen umgesetzt werden.“ Und dann kommt der Clou: Sie sind für die „Bildung von SPD/PDS-Regierungen ... Es sind bürgerliche Arbeiterparteien, bürgerliche Arbeiterregierungen, die sie bilden“ („Ein revolutionäres Aktionsprogramm für die BRD“, Broschüre, Juni 1999).

Mit einem Federstrich läßt die GAM hier Grundlagen des Marxismus verschwinden: Der Staat ist ein Organ der Klassenherrschaft. Diese Regierung ist zwar eine Volksfront – ein Regierungsbündnis aus der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD und den bürgerlichen Grünen. Aber auch wenn SPD/PDS allein regieren würden, wären sie *Verwalter der Diktatur der Bourgeoisie*. Sie würden immer noch die „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“ organisieren und die anderen Institutionen, die Klassenherrschaft und Eigentum der Bourgeoisie beschützen. Wie Marx nach den Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 festhielt, kann „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen“ (Vorwort von 1872 zur deutschen Ausgabe des *Kommunistischen Manifests*). Die GAM versucht, den Arbeitern diese einfache Wahrheit zu verschweigen. Sie unterscheiden sich in überhaupt nichts von den anderen erbärmlichen „Linken“, deren Weltsicht bei der Sozialdemokratie beginnt und endet.

Die Gruppe Linksruck, jahrelang in der SPD vergraben, geht heute damit hausieren, „eine neue, sozialistische Partei“ aufzubauen – mit dem Ziel, den „Sieg vom 27. September 1998“, die SPD-Regierung, zu verteidigen! Sie konstruieren eine *Klassenlinie* zwischen „Schröders CDU-Politik“ und der SPD-„Linken“ und nennen dies „Bürgerkrieg in der SPD“. Sie tun dies, um die wirkliche Klassenlinie zwischen dem bürgerlichen Programm der SPD-Führung (einschließlich ihres hochgeschätzten Lafontaine) und der Arbeiterbasis zu vertuschen, um die Spaltung eben dieser Basis von der SPD zu verhindern. Sie entstellen die wirkliche Bedeutung von Bürgerkrieg – Klassenkrieg der Arbeiter gegen die Bourgeoisie –, was ihrem parlamentarischen Weltbild natürlich ein Greuel ist. Sie geben Lafontaine und Gysi gute Ratschläge: „Lafontaine wollte auf der Bühne des Parlamentarismus Politik gegen die Bosse machen. Sein Fehler war es, die Kraft, die so eine Politik hätte durchsetzen können, nicht zu mobilisieren... Strategisch tappt Gysi in die gleiche Falle wie Lafontaine.“ Diese „Fehler“ will Linksruck jetzt ausbügeln und beschreibt im klassischen Jargon des Reformismus, wie die Arbeiterklasse dabei als Manövriermasse dienen soll: „Nur die Arbeiterklasse kann in der Krise Reformen erzwingen“ (*Linksruck*, 17. August 1999).

Der ganze Zweck von Gruppen wie Linksruck ist es, Jugendliche und Arbeiter, die von der SPD angeekelt sind, im Bannkreis dieser rassistischen kapitalistischen Regierung zu halten, die nur zu einer „alternativen“ Politik gedrängt wer-

den soll. Linksrucks Hauptaktivität ist dementsprechend die „Initiative Politikwechsel“, mit der sie zum SPD-Parteitag im Dezember mobilisieren, um die SPD-„Linke“ dazu zu drängen, Druck auf Schröder auszuüben.

Am 4. September fand in Frankfurt/Main ein Kongreß der „Initiative für Vernetzung der Gewerkschaftslinken“ statt. Ursprünglich fand sich diese „Vernetzung“ als PDS-dominierte Opposition gegen die DGB-Führung zusammen, die direkt die Bombardierung Serbiens unterstützte. Im Zentrum des Kongresses stand, wie man vom „Neoliberalismus“ zurückkomme zu den alten verklärten Zeiten des „Sozialstaats“ und der „konzertierten Aktion“ – mit denen die Bourgeoisie in den Zeiten des Kalten Krieges die Arbeiter ruhigstellen wollte.

Mit aufgerufen hatten Vertreter des Revolutionär Sozialistischen Bunds (RSB) und der Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP), beides Ableger des pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariats (VS) des verstorbenen Ernest Mandel. Die Position des RSB, daß die SPD eine bürgerliche Partei sei, dient nur als Rechtfertigung dafür, einen anderen Flügel der Sozialdemokratie zu unterstützen. Wenn sie nämlich vom „Aufbau einer politischen und organisatorischen Alternative, die mit der Logik des Kapitalismus bricht“ sprechen, kommt die PDS ins Spiel, zu deren Wahl sie 1998 aufgerufen hatten. Wie für die PDS ist auch für den RSB die SPD/Grünen-Regierung der Dreh- und Angelpunkt, er will „Aktionseinheiten gegen die Regierungspolitik der ‚neuen Mitte‘ bilden“ (in Frankfurt/Main verteiltes Flugblatt). Heute kritisiert der RSB zwar die „12 Fehler des Gregor Gysi“, bescheinigt jedoch: „Noch hat die PDS eine sozialistische Perspektive“ (*Avanti*, September 1999). Die rabiat chauvinistische PDS ist ganz sicher gut für eine Perspektive der offenen *Klassenkollaboration*, die diesen Kongreß wie ein Geschwür durchzog: Die Betriebsräte, von der Bourgeoisie gesetzlich installiert als Instrumente der Klassenkollaboration, um die Macht der Gewerkschaften zu *untergraben*, wurden als „gewerkschaftliche Gegenmacht“ beschworen.

Sozusagen als Untermauerung präsenzierte die VSP – ihr langjähriger prominenter Unterstützer Jakob Moneta ist gleichzeitig PDS-Mitglied – in ihrer Zeitung unmittelbar vor dem Kongreß die spezifische Form, in der die deutsche Bourgeoisie Klassenzusammenarbeit propagiert: die „Kollektivschuld“. „Auf die Schultern der deutschen Arbeiterklasse hatte der [Zweite Welt-] Krieg eine dreifache Hypothek geladen. Die Verbrechen des Faschismus hatten nicht nur millionenfache Mittäterschaft geschaffen, die deutschen Arbeiter hatten auch geduldet, daß Millionen sog. Fremdarbeiter unter sklavenähnlichen Bedingungen an ihrer Seite in den Fabriken arbeiten mussten. Schließlich brachten sie nicht einmal im Angesicht der totalen Niederlage einen Aufstand zustande“ (*Sozialistische Zeitung*, 2. September). Das ist einfach ungeheuerlich. Grundlage und Vorbedingung für den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg war die *Zerschlagung* der Organisationen der Arbeiterklasse durch die Nazis. Zentral dafür, daß Hitler an die Macht kommen konnte, ohne einen Schuß abzufeuern, waren die *Irreführer* der Arbeiter – die KPD, die die SPD „sozialfaschistisch“ nannte und die tödliche Gefahr des Faschismus herunterspielte, und die SPD, die in Trotzki's Worten „den Faschismus letzten Endes dem Kommunismus vorzieht“. Jetzt macht die VSP die *Arbeiterklasse* für die Verbrechen des Faschismus verantwortlich und amnestiert die Bourgeoisie von Auschwitz. Sie tun dies, um die Rolle von SPD/PDS als Administratoren des heutigen Vierten Reichs zu rechtfertigen (siehe „Holocaust, ‚Kollektivschuld‘ und deutscher Imperialismus“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998).

Unsere Genossen intervenierten in Frankfurt für die Notwendigkeit der politisch *unabhängigen* Mobilisierung der Arbeiterklasse, den Sturz des Imperialismus und eine



Frankfurter Rundschau/Petra Weizel

Rassistischer Staatsterror gegen Kurden, Alltag im SPD/Grünen-regierten Deutschland

revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei. Die PDS hat die Konterrevolution geführt und damit die Basis gelegt, daß der deutsche Imperialismus die Zerstörung Jugoslawiens vorantreiben konnte, was zu den nationalistischen Massakern führte. Als unser Genosse anwesende „Linke“ dafür angriff, auf dem Grab der DDR und der Sowjetunion getanz und den Sieg der „Demokratie“ gefeiert zu haben, traf dies genau einen Nerv, es gab lautstarke Unruhe und der Sitzungsleiter unterbrach uns wiederholt.

Es ist kein Zufall, daß auf diesem Kongreß fast keine Immigranten anwesend waren. Daß die Arbeiterbewegung aktiv Rassismus, Chauvinismus und Antisemitismus bekämpfen muß, die von SPD/PDS/Gewerkschaftsbürokratie im Interesse der Bourgeoisie in die Arbeiterklasse hineingetragen werden, war überhaupt kein Thema. Statt dessen blühte nationalistischer Antiamerikanismus. Die Bandbreite reichte dabei von offen deutsch-nationalistischen Rednern wie Dieter Lutz, der forderte, Deutschland und Europa sollten nicht länger Vasallen der USA sein, bis zu Berthold Balzer, Landesvorsitzender der IG Medien Hessen, der ein „Europäisches Tribunal gegen den ‚nicht erklärten Krieg‘ in Jugoslawien“ ankündigte (*SoZ*, 16. September). Dies überschneidet sich direkt mit Lafontaines Positionen. Claus Noé, vor Lafontaines Rücktritt Staatssekretär im Finanzministerium, sprach in der *Zeit* (2. September) über „Lafontaines Versuch, den IWF aus der amerikanischen Vorherrschaft zu lösen ... Unter Lafontaine als Vorsitzendem sind die Sozialdemokraten so stark geworden wie nie zuvor. Sie besetzen alle wichtigen Positionen im Staat.“

Genau diese „Positionen im Staat“ sind für die Pseudolinken, die hoffen, den Kapitalismus irgendwie zu reformieren, zentral. *Unsere* strategische Aufgabe als Revolutionäre ist es, die Arbeiterbasis von der prokapitalistischen SPD/PDS-Führung zu spalten, zentral ist dabei der Kampf, die Gewerkschafts-Irreführer durch eine klassenkämpferische, revolutionäre Führung zu ersetzen. Die Arbeiterklasse muß von einer Klasse an sich – Objekt der kapitalistischen Ausbeutung – zu einer Klasse für sich werden, bewußt über die Notwendigkeit, die Herrschaft der Kapitalisten durch proletarische Revolution zu stürzen. Wie die Erfahrung der Russischen Revolution positiv und folgende Erfahrungen negativ bewiesen, wird dies nicht spontan geschehen, sondern nur durch die aktive Intervention einer revolutionären Avantgardepartei, die für nichts Geringeres kämpft als für die Diktatur des Proletariats. Diesem Kampf ist die Spartakist-Arbeiterpartei als Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga verpflichtet. Wir kämpfen für neue Oktoberrevolutionen weltweit!■

The form – religion The spirit – revolution

PROPAGANDISTS FOR the Shah would have us believe the upheaval in Iran is fundamentally religious, and a backlash against modernization. Ayatollah Khomeini and the others may dream of a return to a past Islamic republic, but their slogan can never exist. Iran is firmly part of the 20th century. Far better or worse, it has been transformed by west-

ern capitalism. There is no going back. Khomeini has many reactionary views. He is an absolute anti-communist. But, for the time being, Khomeini is a viable force for a revolt which began in the 1970s because it was the only place the people could organize their opposition without fear of the divided

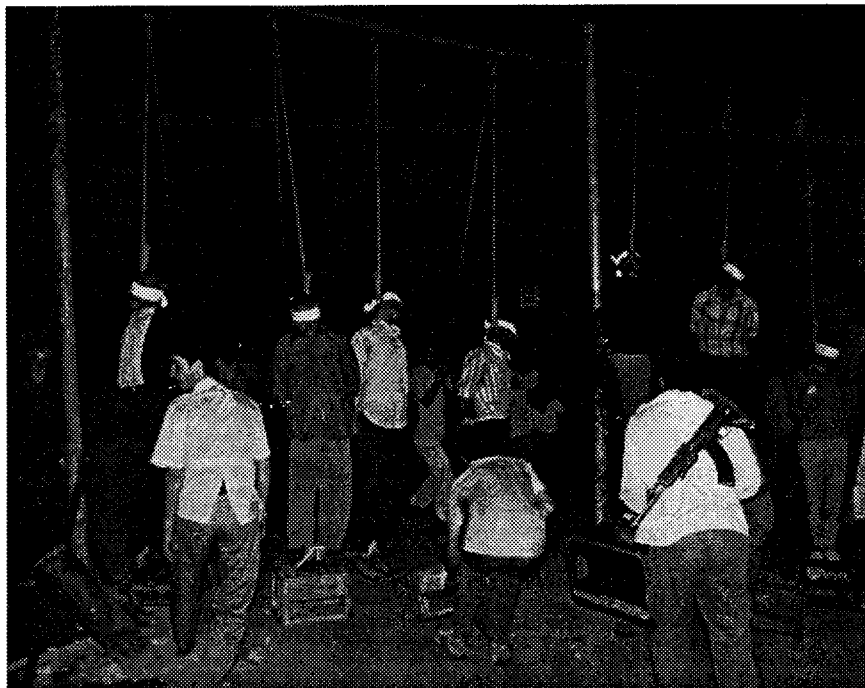
SAVAK.

Just as in the Russian revolution of 1902 in which the masses carried away their "betrayed father" – the Tsar, the Iranian people's return to religion is a nostalgia for an era which although more primitive was also less brutal than the one they have lived in for the past twenty years.

But to believe the people of Iran are fighting and dying in hundreds and thousands to let one reactionary leader placed by another is almost only force in Iran capable of doing the programs facing the masses – urban poverty, the loss of agriculture and the unbridled development of working class.

**Workers' Action, Zeitung
der kanadischen Cliff-Anhänger,
Februar 1979**

**Pseudosozialisten wie Cliffs
Internationale Sozialistische
Organisation (oben) feierten den „Sieg“
von Chomeini sogar noch, als sein
Regime Linke und Angehörige nationaler
Minderheiten ermordete**



Karim/AI Akhbar

Iran...

Fortsetzung von Seite 5

Angesichts der weitverbreiteten Staatsverdrossenheit in der Gesellschaft stellt sich erneut die Frage: Welchen Weg vorwärts für die iranischen Massen? Im Kampf für die Schmiedung einer revolutionären leninistisch-trozkistischen Partei – die unverzichtbare Voraussetzung, um eine sozialistische Revolution zum Erfolg zu führen – ist es von großer Bedeutung, sich die Lehren der Ereignisse vor 20 Jahren anzueignen. Und wenn sich die iranischen Arbeiter und Linken mit der Vergangenheit auseinandersetzen, müssen sie erkennen, welche Bedeutung der Verrat eines ganzen Aufgebots von linken Organisationen im Iran und im Ausland hatte, die der klerikalen Bewegung in den stürmischen Tagen der „Iranischen Revolution“ hinterhergelaufen sind.

Der Aufstieg der religiösen Reaktion

Weil sie genug hatten von der Diktatur des Schlächters Schah, stellten sich 1978 die iranischen Massen den Panzern und Elitetruppen des Monarchen entgegen, sie strömten zu zahllosen Demonstrationen auf die Straßen, ein Streik folgte dem anderen. Der Schah, seit 1941 an der Macht und vom US-Imperialismus bis an die Zähne unterstützt, war wegen seines riesigen staatlichen Repressionsapparates, zu dem auch die Geheimpolizei SAVAK gehörte, und wegen der ausufernden Korruption seines Hofes allseits verhaßt. In den letzten Jahren seiner Herrschaft lösten die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes und die Verelendung breiter Schichten der Bevölkerung eine sich stark ausweitende Oppositionswelle aus. Indem die massive und mächtige religiöse Hierarchie unter Chomeinis Führung den tiefen Haß in der Bevölkerung ausnutzte, schuf sie eine Massenbewegung, die unterstützt wurde von den Händlern des Basar und zu einem großen Teil aus halbproletarischen Bewohnern der Elendsviertel bestand, die in die Städte gezogen waren, aber nie ihre Bindungen an die Moschee verloren hatten.

Die iranische Linke wiederum nutzte ihre Autorität dazu, das Proletariat an die Mullahs zu ketten, und sie trug dazu bei, eine Theokratie an die Macht zu hieven, die ihre Inspiration nicht aus dem zwanzigsten Jahrhundert bezieht, sondern aus dem siebten. In unnachgiebiger Gegnerschaft zu beiden reaktionären Alternativen – dem Pfauenthron des

Schah und den theokratischen Mullahs – stellte die internationale Spartacist-Tendenz die Forderung auf: „Nieder mit dem Schah, keine Unterstützung für die Mullahs! Für Arbeiterrevolution im Iran!“ Wir entlarvten die verräterische Rolle der iranischen Linken, besonders der Tudeh-Partei mit ihrer substantiellen proletarischen Basis, die Chomeinis Massenbewegung unterstützten und damit die Entstehung einer proletarischen Bedrohung für die Herrschaft des verhaßten Schah-Regimes verhinderten.

Die massive Protestwelle erreichte zwischen September 1978 und Januar 1979 ihren Höhepunkt. Am 4. September nahmen im ganzen Iran Millionen von Menschen an Demonstrationen teil, darunter eine halbe Million in der Hauptstadt Teheran. Angeführt von Mullahs, die Koranverse vorlasen, war der Charakter der Proteste eindeutig religiös. Vier Tage später eröffnete die kaiserliche Garde des Schah bei regierungsfeindlichen Protesten in Teheran das Feuer und tötete mindestens 1000 Demonstranten bei dem schlimmsten Massaker der letzten Jahrzehnte. Ohne sich von diesem Blutbad abschrecken zu lassen, setzte die Opposition ihre Demonstrationen fort, aus Teheran, Meschhed und anderen Städten wurden weitere Zusammenstöße berichtet. Wie tiefgehend die Auflehnung in der Bevölkerung war, zeigte sich in der offenen Verbrüderung der Demonstranten mit den hauptsächlich aus Wehrpflichtigen bestehenden Truppen des Schah.

In dieser Situation, als die Autorität des Regimes schwer angeschlagen war, begann das multinationale Proletariat des Irans in die Auseinandersetzungen einzugreifen. In den ersten beiden Oktoberwochen wurde der Iran von Streiks von Bankangestellten, von Ingenieuren der Ölindustrie und von Telefon- und Telegrafenerarbeitern erschüttert. Lohnzugeständnisse konnten diese Welle von Arbeiteraktionen nicht eindämmen, die Arbeiter machten Schulen, Krankenhäuser, die nationale Fluggesellschaft und die Eisenbahnen dicht. Noch ernster wurde es für die Monarchie, als 30000 Arbeiter der Stahlwerke von Isfahan die Arbeit niederlegten. Die Streikwelle machte einen qualitativen Sprung, als in der südwestlichen Provinz Chusistan zehntausend Arbeiter die Arbeit niederlegten, von denen viele Araber waren, die von der persisch-chauvinistischen Monarchie unterdrückt wurden. Mittlerweile hatten die Streikenden damit begonnen, politische Forderungen gegen das Regime aufzustellen.

Jahrzehntelang hatten die Ölarbeiter zur Avantgarde der



Workers Vanguard

1978/79: Spartakist-Veranstaltungen stellten international Perspektive des revolutionären proletarischen Kampfes auf gegen die Gefahr der „Islamischen Republik“, als das blutige Schah-Regime stürzte

Kommunistische Korrespondenz, Vorläufer des Spartakist, Oktober 1978

iranischen Klassenkämpfe gehört. 1946 streikten 100 000 Ölarbeiter gegen die britischen Ölmonopole, und 1952 löste ein ausgedehnter Streik die Bewegung für die Verstaatlichung der Industrie aus. Immer wieder jedoch wurden die Arbeiter durch ihre historische Führung, die Tudeh-Partei, abgewürgt. 1946 brach Tudeh die Streiks der Ölarbeiter ab, im Gegenzug für drei Kabinettsposten. Während der turbulenten Ereignisse, die 1953 mit dem von den Mullahs geführten und von der CIA unterstützten Militärputsch gegen Premierminister Mohammed Mossadegh endeten, der die Anglo-iranische Ölgesellschaft verstaatlicht hatte, hätte die Tudeh-Partei die Macht ergreifen können, aber sie hielt stattdessen ihre proletarische Massenbasis zurück, weil sie hoffte, daß der Aristokrat Mossadegh eine „demokratische Revolution“ durchzuführen würde.

Die darauf folgende brutale Unterdrückung und Demoralisierung der Arbeiterklasse schwächte die Tudeh-Partei bedeutend. In den 60er Jahren orientierte sich eine neue Generation von jungen linken Radikalen, so z. B. die Fedajin, an der Guerillastrategie, die von Mao Zedong und Che Guevara vertreten wurde. Obwohl ihre Aktionen heroisch und aufopferungsvoll waren, isolierten sich diese jungen

Linken sowohl durch ihr Etappenprogramm als auch durch ihre Strategie der Volksguerilla von den entscheidenden strategischen Sektoren der Arbeiterklasse.

In der ganzen Zeit, in der der Schah Tudeh-Mitglieder und andere linke Militante ins Gefängnis warf, folterte und umbrachte, gab es nicht den Hauch eines Protests von Seiten des schiitischen Klerus. Die islamische Opposition von Chomeini entstand als Reaktion auf die „weiße Revolution“ von 1963, als der Schah damit begann, die wirtschaftliche Macht und die Besitztümer der Mullahs sowie ihre Kontrolle über Gesetze und Moralvorstellungen zu beschränken. Angesichts des Bankrotts der kläglich schwachen nationalen Bourgeoisie, der enorm reduzierten Autorität von Tudeh und der Isolation der linken Guerilleros entwickelte sich der schiitische Klerus zur einzig effektiven landesweiten Opposition.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der iranischen Linken, die Chomeini hinterherliefen, hielt sich dennoch 1978/79 ein Großteil des Proletariats anfänglich von den von den Mullahs geführten Protesten fern, während gleichzeitig Arbeiter mächtige Kämpfe durchführten wie z. B. die 37 000

Fortgesetzt auf Seite 14

Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Jetzt auf türkisch erschienen!

Wir sind stolz, die Veröffentlichung dieses wichtigen Dokuments auf türkisch ankündigen zu können, das auf der Dritten Internationalen Konferenz der IKL im Frühjahr 1998 angenommen wurde. Es ist schon in zehn anderen Sprachen erschienen. Die Grundsatzerklärung der IKL ist ein konkreter Ausdruck unseres Ziels: nationale Sektionen einer demokratisch-zentralistischen Internationale aufzubauen, die den Kampf für eine weltweite sozialistische Revolution anführen kann.

16 Seiten, DM 2,- zzgl. Porto
ebenfalls erhältlich:
Spartacist Nr. 20 (deutsche Ausgabe), 64 Seiten, DM 4,-
Spartacist-Broschüre auf chinesisich, 18 Seiten, DM 2,-

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin,
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

SPARTACIST

原则宣言和纲领要素
国际共产主义同盟
(第四国际主义者)

SPARTACIST

Für neue Oktoberrevolutionen!
III. Internationale Konferenz der IKL
1998

Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Über die Strategie und die Entwicklung
sozialistischer Organisationsstrukturen

**Organisationsregeln
und -richtlinien**
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Das Spartakist und Programm
Methoden, "Revolutions" und
deutscher Imperialismus

SPARTACIST

İLKELER VE BAZI PROGRAM
ÖĞELERİ BİLDİRİSİ
ENTERNASYONEL KOMÜNİST LİGA
(DÖRDÜNCÜ ENTERNASYONALİST)

1. Dörtüncü Sosyalist Devrim ve Enternasyonel Komünist Liga (Dördüncü Enternasyonalist)
2. Proleter Önderlik Krizi
3. Rus Devrimi'nin Partisi Biziz
4. Enternasyonel Komünist Liga'nın (Dördüncü Enternasyonalist) Kurumsal ve Tarihsel Kökenleri
5. Sosyalist Devrimin Uluslararası Karakteri
6. Tüm Emzilenlerin Savanulmasında İçki Sınıfın Öncü Rolü
7. Revizyonizmin Burjuva Temeli
8. Emperyalist Savana Kara Mücadele
9. Utusal Sorun ve Tüm Utusalın Kendi Kaderlerini Tayin Hakkı
10. Sömürge Devrimi, Şirketli Devrim ve "Gerilla Yolu"
11. Halk Cephesi: Bir Taktik Değil, Suçların En Büyükü
12. Devrimci Parti: Program, Örgütlenmesi ve Disiplini
13. Tarihi Değiştirmek İçin Müdahale Edeceğiz!

Declaration of Principles and Some Elements of Program
International Communist League (Fourth Internationalist)
Published August 1998

11. Alman ... 1998 ... 11.200 ...
12. ...
13. ...

Iran...

Fortsetzung von Seite 13

Arbeiter, die die Ölraffinerien bestreikten und besetzten. Im Laufe der Zeit waren große Teile des iranischen Proletariats durch die Einflüsse des kapitalistischen Systems urbanisiert und säkularisiert worden und lehnten Chomeinis rückwärts-gewandtes reaktionäres Programm ab. Die religiöse Opposition ihrerseits stand der unabhängigen Mobilisierung der Arbeiterklasse explizit feindselig gegenüber. Während einer der Streikwellen *öffneten* die Bazaaris in Teheran – die Händler, die die traditionelle Basis der Mullahs waren – den Hauptbasar der Stadt, den sie vorher, in Unterstützung für Mullah-geführte Proteste, geschlossen hatten. Mehr als die klerikal dominierten Demonstrationen waren es die wirkungsvollen Arbeiterstreiks, die den Schah in die Knie zwangen.

Von Tudeh zu den Fedajin ordnete die iranische Linke jedoch die Interessen des Proletariats den angeblich „anti-imperialistischen“ Mullahs unter. Im Gegensatz dazu erhoben wir das trotzkistische Banner der Arbeiterrevolution:

„Die Streikkämpfe, die jetzt von den iranischen Arbeitern geführt werden, könnten die Basis für eine unabhängige Mobilisierung des Proletariats sein, um Anwärter auf die Macht gegen Chomeini zu sein statt nur Kanonenfutter für die Mullahs. In der imperialistischen Epoche können die demokratischen Aufgaben der Befreiung unterdrückter Nationalitäten, die Agrarrevolution und die Zerschlagung der imperialistischen Vorherrschaft nur unter der Führung des iranischen Proletariats durchgeführt werden. Aber damit diese dringenden demokratischen Aufgaben erfolgreich gelöst werden können, muß die Diktatur des Proletariats errichtet werden, anstatt die Arbeiterklasse in die kleinbürgerlichen Massen aufzulösen. Nur eine leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei kann das Proletariat für diese Perspektive gewinnen und zum Sieg führen.“ („Down with the Shah! Don't Bow to Khomeini!“ [Nieder mit dem Schah! Kein Kotau vor Chomeini!], *Workers Vanguard* Nr. 221, 15. Dezember 1978)

Der Sieg der schiitischen Ulema wurde möglich durch ihre Allianz mit einem Teil des Offizierskorps des Schah. Obwohl Chomeini anfangs gegen den Staatsapparat des Schah vorging und ehemalige Folterknechte des SAVAK hinrichten ließ, begann er umgehend mit der Unterdrückung nichtpersischer Nationalitäten, ethnischer Minderheiten und der Frauen. Am Internationalen Frauentag, dem 8. März 1979, wurde eine Demonstration von mehreren Zehntausenden auseinandergetrieben, als Chomeinis islamische Ordnungshüter das Feuer eröffneten. Die Kräfte der „islamischen Revolution“ fingen einen blutigen Krieg gegen die Kurden an, und im Mai töteten Regierungstruppen in Chorranschahr mehrere arabische Demonstranten, die für einen größeren Anteil ihrer Region an den Öleinnahmen, für die Anerkennung von Arabisch als halboffizielle Sprache und für lokale Autonomie kämpften.

Schon bald benutzten die Mullahs die faschistoiden Hisbollahs dazu, gegen linke Organisationen vorzugehen, während die neue Regierung Dutzende von Oppositionszeitungen schließen ließ. In den darauffolgenden Jahren hat dann das Regime die iranische Linke zerschlagen, indem unzählige Führer und Unterstützer hingerichtet wurden. 1982 waren 50 Hinrichtungen pro Tag normal geworden. Mittlerweile wüteten Chomeinis Pasdaran (islamische Revolutionswächter) – sie drangen in Wohnungen ein, führten Durchsuchungen und Verhaftungen durch –, während „Mobile Einheiten der Rache Gottes“ auf den Straßen die islamischen Bekleidungs Vorschriften erzwingen. Frauen, denen man Ehebruch vorwarf, wurden zu Tode gesteinigt. Und

1980 begann das iranische Regime seinen schmutzigen acht Jahre dauernden Grenzkrieg mit dem Irak, bei dem Hunderttausende von Soldaten in den Tod geschickt wurden.

Im allgemeinen schenken westliche Liberale der Terrorherrschaft des islamischen fundamentalistischen Regimes im Iran nur wenig Aufmerksamkeit, ausgenommen als der bekannte Schriftsteller Salman Rushdie zur Zielscheibe wurde – ein nicht religiös gebundener Intellektueller aus einer indisch-muslimischen Familie, der in Britannien lebt. Als Rushdie 1989 die „Satanischen Verse“ veröffentlichte, einen satirischen Roman über den Islam, erklärte Chomeini im iranischen Radio, daß Rushdie und „alle, die mit seiner Veröffentlichung zu tun hatten und sich ihres Inhalts bewußt waren, zum Tode verurteilt sind“. Wenn das Mullah-Regime schon öffentlich drohte, einen weltberühmten Schriftsteller und seine Verleger in Europa und Nordamerika umzubringen, kann man sich vorstellen, welche totalitäre Gedankenkontrolle es den Menschen im Iran selber aufzwang.

Risse in der klerikalen Fassade

Nach zwei Jahrzehnten der klerikalen Herrschaft haben die iranischen Massen begonnen, sich gegen die nackte Staatsrepression aufzulehnen. Damit es endlich zu Veränderungen kommt, wählten sie 1997 einen neuen Präsidenten, Mohammed Chatami, den die bürgerlichen Medien durchgängig als einen „Reformer“ hochstilisieren, der sich den Mullahs der alten Garde entgegenstellt. Nach der Wahl von Chatami konnte man wieder populäre Hollywoodfilme sehen, und das Ministerium für Kultur und islamische Lehren stellte die Vorzensur von Filmdrehbüchern ein. Dutzende von Büchern wurden wieder zugelassen. Von der amerikanischen Zeitschrift *Time* bis zum *Spiegel* hat die Weltpresse hervorgehoben, daß man jetzt in der Öffentlichkeit Frauen mit lackierten Fußnägeln sieht, und daß bei Jugendlichen Leonardo-DiCaprio-T-Shirts groß in Mode sind. Nach dem Alptraum von Chomeinis Terror sind solche Veränderungen ein Beleg für die Sehnsucht der Iraner, sich von der erstickenden Zwangsjacke der theokratischen Diktatur zu befreien.

Aber am wichtigsten sind die Arbeiterkämpfe der letzten Jahre. Im Dezember 1996 begann mit einem zweitägigen Streik der Ölarbeiter ein Kampf für grundlegende Gewerkschaftsrechte. Wenige Wochen später griffen die „Revolutionsgarden“ des Regimes bei einer Demonstration vor dem Ölministerium in Teheran mehr als 2000 Ölarbeiter und ihre Unterstützer an und nahmen Hunderte fest; die Gewerkschaft wurde verboten (siehe „Support Iranian Oil Workers' Struggle!“ [Unterstützt den Streik der iranischen Ölarbeiter!], *Workers Vanguard* Nr. 663, 7. März 1997). Schon in den Jahren 1990, 1991 und 1992 hatten die Ölarbeiter gestreikt. Als 1991 Zehntausende von Arbeitern die Arbeit niederlegten, war dies der erste industrieweite Streik in der Ölindustrie seit den Streiks 1978.

Angesichts einer Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit und Inflation sowie aus Angst davor, daß der Druck, der sich an der Basis der Gesellschaft angesammelt hat, den Siedepunkt erreichen könnte, sahen sich die iranischen Herrscher gezwungen, schrittweise Konzessionen einzuräumen. Chatami, der als Ministerpräsident eingesetzt wurde, um die Situation zu entspannen, kann sich beträchtlicher Unterstützung von Jugendlichen und Frauen erfreuen, die gegen den Würgegriff des Klerus aufbegehren. Aber er ist selber ein ehemaliger Minister für Kultur und islamische Lehren, dessen religiöse Auffassungen vom Rat der Wächter überprüft wurden, einem Gremium von hohen religiösen Würdenträgern und Richtern, die vom obersten religiösen Führer Ajatollah Ali Chamenei ausgewählt wurden.

Chatami ist kein Freund der unterdrückten nationalen Minderheiten wie z. B. der Kurden, und er ist ein ausge-

sprochener Vertreter einer Wiederöffnung des Irans für die Durchdringung durch den US-Imperialismus. Seine Präsidentschaft fällt zusammen mit der wachsenden Überzeugung wichtiger Teile der amerikanischen Bourgeoisie, daß die Zeit gekommen sei, die Beziehungen zum Iran zu verbessern. Auch wenn Washington in den letzten Jahren gelegentlich Beziehungen zum Regime der Ajatollahs gehabt hat – zum Beispiel hat es sowohl den Iran als auch den Irak während des Grenzkriegs der 80er Jahre militärisch unterstützt, um zuerst die eine und dann die andere Seite auszu-



1985: Sümpfe bei Basra, Irak, mit Leichen übersät während des schmutzigen achtjährigen Grenzkriegs zwischen Iran und Irak

bluten –, sind die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1979, als militante Islamisten die US-Botschaft in Teheran besetzten, im allgemeinen feindselig. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991/92, der zu zunehmenden interimperialistischen Rivalitäten und einem eskalierenden weltweiten Kampf ums Öl geführt hat, haben die USA jedoch schrittweise versucht, zu einer Wiederannäherung mit dem Iran zu kommen, um ihre Position in dieser strategischen Region zu verbessern. 1997 waren amerikanische Öl-Kreise darüber erbost, daß ein lukrativer Vertrag über iranisches Erdgas an ihre ausländische Konkurrenz ging.



1980: Der US-Sicherheitsberater Brzezinski am Khyber-Paß, während Washington die Mudschaheddin-Mörderbanden im Krieg gegen die sowjetische Armee bewaffnete. Heute verstärken die Taliban die islamische Herrschaft in Afghanistan durch barbarische „Bestrafungen“

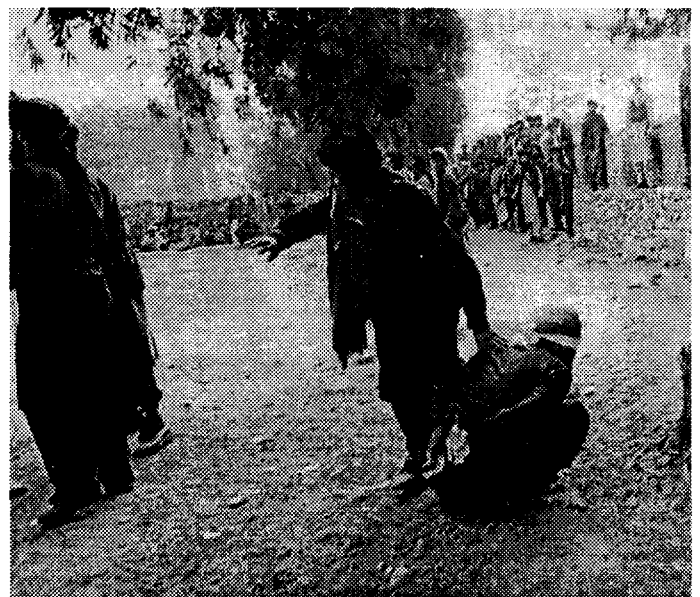
Chatami versucht, die Position des Iran zu verbessern, indem er die verschärften internationalen Gegensätze ausnutzt und stärkere Verbindungen mit den USA aufbaut.

Daß das Regime die Unterdrückung der Frauen unverfroren weiterführt, spricht Bände über diesen „Reformer“. Der Hedschab (Kopftuch), in der Öffentlichkeit überall vorgeschrieben, ist von Chatamis Berater in Frauenfragen verteidigt worden als die „vornehmste nationale Bekleidung für die Frauen im Iran“. Kosmetik ist verboten, genauso wie auffällige und glitzernde Accessoires, Schmuck, Stirnbänder und Halstücher. Selbst Brillen fallen unter diese Verbote! Zwar werden Frauen, die sich „unanständig“ kleiden, nicht mehr wie früher mit 74 Peitschenhieben bestraft, doch sie können bis zu zwei Monate ins Gefängnis geworfen werden. Auf „sexuelles Fehlverhalten“ steht weiterhin der Tod durch Steinigung. Frauen sind in 91 von 169 Studiengängen von der Hochschulausbildung ausgeschlossen und werden gezwungen, separate Vorlesungen zu besuchen. Sie sind Sklaven ihrer Ehemänner und Brüder. Laut dem *Z Magazine* (Oktober 1998) erklärte Chatami vor seiner Wahl:

„Einer der schwersten Fehler des Westens war die Emanzipation der Frau, die zum Zerfall der Familien geführt hat. Zu Hause zu bleiben heißt nicht, ausgegrenzt zu sein. Hausfrau zu sein hindert eine Frau nicht daran, am Geschick ihres Volkes teilzuhaben. Man darf nicht in den Glauben verfallen, daß soziale Aktivität bedeutet, außerhalb des eigenen Heims zu arbeiten. Den Haushalt zu führen gehört zu den wichtigsten Arbeiten.“

Chatamis islamische Theokratie ist nicht nur eine Hölle für Frauen, sie bleibt weiterhin ein Gefängnis mit standrechtlichen Erschießungen und Folter, wo Menschen spurlos verschwinden. Auch Chomeinis Terror gegen religiöse Minderheiten geht weiter: Im letzten September ging die Polizei mit umfangreichen Razzien und Verhaftungen gegen Mitglieder des Baha'i-Glaubens vor, eine religiöse Gruppe mit Verbindungen zu wohlhabenden Unternehmern, die von den Mullahs seit langem verfolgt wird, um die Wut von ihrer eigenen unterdrückerischen Herrschaft abzulenken. Und so wie Chomeini einen Grenzkrieg gegen den

Fortgesetzt auf Seite 16



Reuters

Iran...

Fortsetzung von Seite 15

Irak geführt hat, hat Chatami im letzten Jahr die Säbel rasseln lassen, als er Hunderttausende von Soldaten mobilisierte, um das von den Taliban beherrschte Afghanistan zu bedrohen.

Unruhige junge Iraner haben es gewagt, gegen die Staatsmacht aufzubegehren. Als die iranische Fußballnationalmannschaft im November 1997 bei einem Länderspiel gegen Australien ein Unentschieden erreichte, feierten patriotische Fans ungestüm auf den Straßen. Wie die *Los Angeles Times* (23. Dezember 1997) berichtete:

„Tanzen in der Öffentlichkeit ist verboten, aber viele Menschen tanzten trotzdem, selbst auf den Dächern von Bussen. Männer und Frauen sollen in der Öffentlichkeit nichts gemeinsam machen, aber sie taten es. Einige Frauen warfen ihre Kopftücher weg und ließen ihre Haare frei fallen, was in den Augen der konservativen Herrscher des Landes gegen die Schicklichkeit verstößt. Und denjenigen, die den Gehorsam für das Regime erzwingen, den religiösen Schocktruppen, die man die Basij und die Komiteh nennt, schallte es entgegen, sie sollten verschwinden, als sie sich zu intervenieren traute.“

„Sie versuchten, das Ganze zu stoppen, und haben einen Tritt in den Hintern gekriegt“, erzählte ein aufgeregter Jugendlicher. „Jeder schubste sie weg. Sie rannten fort und kamen in größerer Zahl zurück, aber sie konnten nichts machen!“

Allen Berichten zufolge ist die klerikale Herrschaft angeschlagen und verwundbar geworden. Aber das vorherrschende politische Bewußtsein ist in hohem Maße widersprüchlich, und die unbeständige Situation bleibt unvorhersehbar. Wenn auch viele Jugendliche den Würgegriff der Mullahs verabscheuen, so hängen sie doch am Islam und haben gleichzeitig enorme Illusionen in die „Freiheit“ und das „leichte Leben“ im rassistischen amerikanischen Kapitalismus. Auch wenn eine dünne Schicht von Frauen aus wohlhabenden und einflußreichen Familien zu ihrem Hedschab moderne westliche Kleidung tragen kann und einige wenige sogar Sitze im Madschlis (Parlament) haben, so gilt doch für die Masse der Frauen auf dem Land und für die Arbeiterinnen, daß sie genauso Sklavinnen der jahrhundertalten reaktionären Traditionen sind wie ihre Großmütter und Urgroßmütter.

Es wird keine grundlegende soziale Befreiung geben ohne eine Revolution, die die gesamte Machtstruktur der kapitalistischen und vorkapitalistischen sozialen Beziehungen zerschlägt. Eine marxistische Intervention in diese offene, sich im Fluß befindliche Situation würde versuchen, eine revolutionäre proletarische Opposition gegen die Mullah-Herrschaft herauszubilden, und würde gegen Illusionen ankämpfen, daß liberale Reformer, von Vertretern des Klerus wie Chatami gar nicht zu reden, die Sehnsucht der Massen befriedigen könnten, das Joch einer unterdrückerischen Diktatur abzuwerfen.

Pseudotrotzkisten dienten sich der islamischen Reaktion an

In den Jahren 1978/79 hätte eine Partei von marxistischen Revolutionären im Iran dafür gekämpft, die Vorherrschaft der Ajatollahs über die Massenbewegung zu brechen. Obwohl die internationale Spartacist-Tendenz im wesentlichen von außen in die Situation im Iran intervenierte, versuchten wir doch, auf propagandistische Weise eine revolutionäre proletarische Perspektive aufzuzeigen. In der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 23 (Oktober 1978), Vorläufer des *Spartakist*, schrieben wir:

„Die Hunderttausenden, die jetzt hinter den Mullahs

marschieren, sind keineswegs alle Moslem-Fundamentalisten. Viele von ihnen sind in erster Linie durch ihre Feindschaft gegen die wirklichen Verbrechen des Schah motiviert. Viele linke Arbeiter haben wahrscheinlich an dem teilgenommen, was für sie eine potentiell erfolgreiche Opposition gegen das verhaßte Regime ist. Die Massen jedoch, besonders die Arbeiter, die jetzt die Chomeinis und Schariat Madaris unterstützen, müssen und können von der gegenwärtigen reaktionären islamischen Offensive weggerissen und für eine *sozialrevolutionäre* Opposition gegen den Schah gewonnen werden.“

Im Gegensatz zu dieser Perspektive reihte sich praktisch die gesamte Linke weltweit im Lager des religiösen Obskurantismus ein. Die extrotzkistische Socialist Workers Party (SWP) in den USA bezeichnete Chomeinis „harte Opposition gegen den Schah und gegen die ‚Modernisierungen‘ des Schah“ als „progressiv“ (*Militant*, 17. November 1978). Progressiv? Chomeini war ein glühender Chauvinist, der lauthals einen Dschihad (Heiliger Krieg) gegen alle nichtpersischen Iraner forderte. Er konsolidierte seine Macht durch Massaker an den Kurden, dadurch, daß er die Frauen zwang, den erstickenden Tschador oder Hedschab zu tragen, und indem er seine Gefängnisse mit Homosexuellen, Linken und Gewerkschaftern füllte. Für die SWP wurde der Tschador sogar zu einem Symbol von „Befreiung“. Im Gegensatz dazu haben wir Spartakisten immer gefordert: Nein zum Schleier! Die Reformisten der SWP treten immer noch als schamlose Lobbyisten für das reaktionäre iranische Regime auf – im letzten Jahr erschienen sie bei einer Buchmesse in Teheran und stimmten in Chatamis frauenfeindliche Tiraden gegen Make-up ein, indem sie einen Titel anpriesen: *Kosmetik, Mode und die Ausbeutung der Frauen!*

Ihre Verbündeten vor Ort, die iranische Sozialistische Arbeiterpartei (HKS), beteten die feige Kapitulation der SWP vor der religiösen Reaktion nach. Selbst nachdem Chomeini die Macht erobert hatte und damit begann, die Linke blutig zu unterdrücken, fuhr die HKS – selber ein Opfer des Mullahterrors – fort, die „Islamische Revolution“ für sich zu reklamieren. Sie kandidierte sogar im August 1979 bei Wahlen für eine islamische „Versammlung der Experten“, deren Aufgabe es war, Chomeinis Verfassung abzusegnen. Die HKS schrieb damals: „Diese Verfassung muß die Errungenschaften der Revolution verteidigen und sie ausweiten... Die neue Verfassung muß den Weg ebnen für die Errichtung einer solchen Regierung der unterdrückten Mehrheit“ (*Kargar* [Arbeiter], 8. August 1979). In Wirklichkeit bestand der Zweck der Verfassung von Chomeini darin, die reaktionäre Herrschaft der Ulema zu institutionalisieren.

Ein Großteil der Linken rechtfertigte ihre Unterstützung für die Mullahs mit der Behauptung, die „Iranische Revolution“ sei „antiimperialistisch“, und warf uns Trotzkisten in verleumderischer Weise vor, proimperialistische Positionen einzunehmen, weil wir die Wahrheit über das unterdrückerische Mullah-Regime sagten und für Arbeiterrevolution eintraten. Weit entfernt von irgendwelchem Antimperialismus, schloß sich Chomeini den USA an und unterstützte die blutrünstigen afghanischen Mudschaheddin bei ihrem Kreuzzug gegen den „gottlosen Kommunismus“, nachdem die sowjetische Rote Armee Ende 1979 in den afghanischen Bürgerkrieg interveniert hatte.

Die SWP bejubelte Chomeini als einen „antiimperialistischen Führer“, weil er ein Gegner des Schah war, der wiederum der langjährige Verbündete von Washington war. Ernest Mandel vom pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariat (VS; in Deutschland Revolutionär Sozialistischer Bund), mit dem die SWP damals verbunden war, ging sogar noch weiter und bezeichnete Chomeinis Iran als „partielle bürgerliche Demokratie“. Das VS ließ sich von

der Mullah-geführten „Massenbewegung“ so mitreißen, daß einer ihrer Führer, Brian Grogan, sich damit brüstete, während einer Demonstration in Teheran „Allah akbar“ [Gott ist groß] gerufen zu haben!

Die „Modernisierungen“ des Schah bestanden aus hauchdünnen kosmetischen Reformen, die nur einer kleinen Schicht von äußerst Privilegierten zugute kamen. Plebejischer Haß auf diese Schicht trug zu trostverheißenden religiösen Stimmungen unter den Unterdrückten bei. Angesichts der religiösen Rückständigkeit betonten wir, daß „die soziale Macht der klerikalen Reaktion im heutigen Iran ein Ergebnis wirtschaftlicher Rückständigkeit ist, die dieser Region vom Imperialismus aufgezwungen wurde, und daß die Massen von den Ketten des religiösen Obskurantismus nur auf den ökonomischen Grundlagen der proletarischen Revolution befreit werden können“ (*Spartacist*, englische Ausgabe Nr. 27/28, Winter 1979/80).

Sowohl die SWP als auch die Mandelianer wiesen in der Praxis das trotzkistische Verständnis zurück, daß in der imperialistischen Epoche nur die Arbeiterklasse, geführt von einer Avantgardepartei, revolutionäre Veränderungen bewirken kann. Die antitrotzkistische Tradition von Michel Pablo, dessen Programm Anfang der 50er Jahre Trotzki's Vierte Internationale zerstört hat, als er den Stalinisten und Sozialdemokraten hinterherlief, statt eine revolutionäre Partei aufzubauen, brachte das VS so weit, der „Islamischen Revolution“ als Ersatz für eine proletarische Revolution hinterherzulaufen.

Cliff-Anhänger: „Sozialisten“ des Propheten

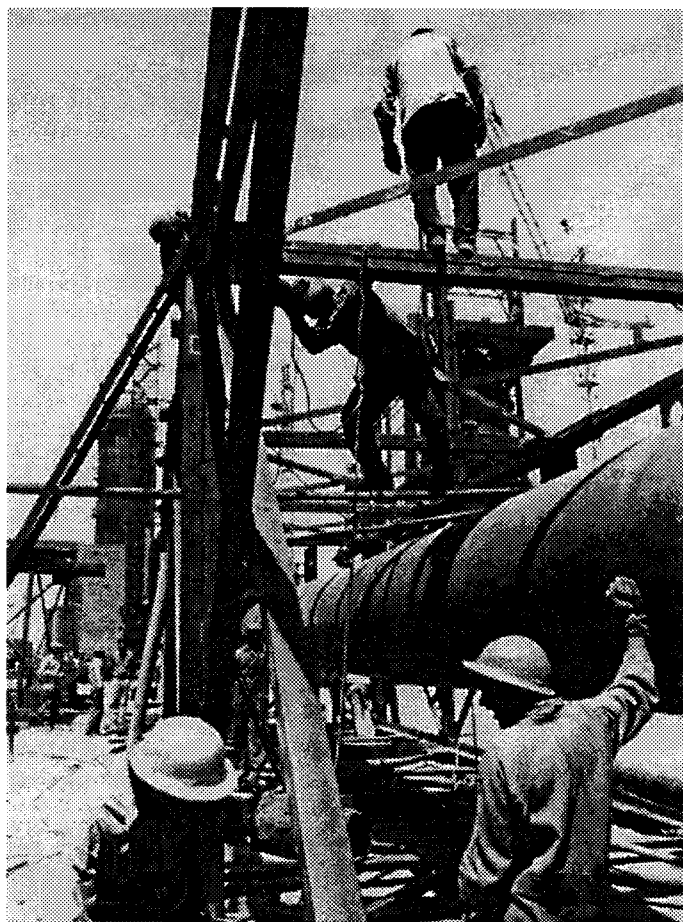
Die SWP und das VS waren bei weitem nicht die einzigen, die kläglich vor Chomeini in die Knie gingen. Auch die Antikommunisten von Tony Cliffs britischer Socialist Workers Party (in Deutschland Linksruck) rechtfertigten ihre Unterstützung für die Mullahs auf ähnliche Weise mit der Behauptung, diese seien „antiimperialistisch“. Die Januar-Ausgabe des *Socialist Worker* von 1979, Zeitung von Cliffs amerikanischer International Socialist Organization (ISO), bejubelte dreist Chomeinis „Massenbewegung“ und versuchte, der religiösen Reaktion einen sozialistischen Anstrich zu geben mit dem Titel: „Die Form – Religion; der Geist – Revolution.“ So überraschte es nicht, daß diese Gruppe im März 1998 groteskerweise die Anwesenheit von Agenten der Islamischen Republik auf einem Fest zum Internationalen Frauentag in Toronto verteidigte und linken Demonstranten, einschließlich unseren Genossen von der Trotskyist League/Ligue Trotskyste, vorwarf, einen „rassistischen Angriff“ inszeniert zu haben, weil sie die Agenten vom Fest vertrieben hatten (siehe den Artikel „Cliff-Anhänger und islamische Reaktion“, *Spartacist* Nr. 134, Winter 1998/99).

Die ISO, Cliffs US-Ableger, bezog offen Stellung und pries Chatami. Sie räumen zwar Chatamis klerikale Wurzeln ein, verbreiten aber die Illusion, er sei eine Art liberale Alternative zu den „Konservativen“, und behaupten, seine Präsidentschaft „versprach nach 19 Jahren islamischer Herrschaft eine bedeutende Wende“ (*Socialist Worker*, 14. August 1998). Was für eine Schamlosigkeit! Nachdem sie 1979 die islamische Herrschaft als revolutionär ausgegeben haben, versuchen sie nun, ihre Spuren zu verwischen mit dem Gejammer, es sei Zeit für eine Wende. Sie schreiben: „Seit seinem Amtsantritt hat Chatami einige seiner Versprechen eingelöst.“ Was diese unehrlichen Zyniker nicht sagen: Chatami hat versprochen, die islamische Kleiderordnung, ein Symbol der anhaltenden Versklavung der Frauen, zu verschärfen.

Wenn auch die Cliff-Anhänger ihre Begeisterung für die Mullah-Herrschaft jetzt, wo diese unter Iranern unpopulär geworden ist, vielleicht zu dämpfen versuchen, so haben sie doch seit 1979 ihre Unterstützung für die islamische Reak-

tion verallgemeinert und abscheulichen, rückständigen Bewegungen wie der Islamischen Heilsfront (FIS) in Algerien und muslimischen Fundamentalisten in Indonesien Beifall gezollt. 1992, zu Beginn des algerischen Bürgerkriegs zwischen dem massenmordenden bonapartistischen Militärregime und islamischen Fundamentalisten, die ein entsetzliches Blutbad unter Frauen, säkularen Intellektuellen und Gewerkschaftern angerichtet haben, erklärten die Cliff-Anhänger, die FIS „spiegelt den Aufschwung der revolutionären Stimmung wider“ (*Socialist Review*, Februar 1998). In gleicher Weise traten sie für islamische Reaktionen in Indonesien ein, die grauenhafte Pogrome gegen die chinesischen und christlichen Minderheiten verüben. Die australische Zeitung der Cliff-Anhänger, *Socialist Worker* (6. März 1998), erklärte, daß der indonesische muslimische Führer Amien Rais „eine revolutionäre Basisbewegung in der Armee“ schaffen könne, „um sie von unten zu spalten“.

Nachdem die Bourgeoisie als Folge der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der osteuropäischen



Iran Today

Arbeiter in der iranischen Ölindustrie sind ein wichtiger Teil des Proletariats

deformierten Arbeiterstaaten Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre den „Tod des Kommunismus“ ausgerufen hatte, gaben die britischen Cliff-Anhänger selbst den Anspruch einer auf das Proletariat gestützten Strategie auf und veröffentlichten einen 60seitigen Artikel von Chris Harman mit dem Titel „The Prophet and the Proletariat“ (*International Socialism*, Herbst 1994). Harman wiederholt dort die Rechtfertigung der Cliff-Anhänger für ihre Unterstützung Chomeinis und behandelt islamisch-fundamentalistische Bewegungen als irgendwie radikale kleinbürgerlich-nationalistische Vereinigungen, die „antiimperialistische Lösungen und einige antiimperialistische Aktionen aufgenommen haben“. Das Gegenteil ist der Fall. Der islamische

Fortgesetzt auf Seite 18

Iran...

Fortsetzung von Seite 17

Fundamentalismus hat sich entfalten können wegen des erbärmlichen Versagens des bürgerlichen Nationalismus der „Dritten Welt“, die Leiden der Massen zu lindern, und wegen des Fehlens einer anerkannten kommunistischen Alternative. Wie wir in dem Artikel „Sozialdemokraten des ‚Dritten Lagers‘ kapitulieren vor islamischem Fundamentalismus“ (*Workers Vanguard* Nr. 613, 30. Dezember 1994) betonten, ist der militante Islam vom Iran bis Nordafrika „schwerlich ein Ausdruck von ‚Antiimperialismus‘, wie es die Cliff-Anhänger gerne hätten, sondern vielmehr Ausdruck von Verzweiflung und Fortschrittsfeindlichkeit, der sowohl emotional als auch von der soziologischen Grundlage her viel mit Hitlers ‚Nationalsozialismus‘ gemeinsam hat“.

Weit entfernt davon, „antiimperialistisch“ zu sein, stürzten islamische Banden in Indonesien 1965 Hand in Hand mit dem Militär das bürgerlich-nationalistische Regime von Sukarno und entfesselten ein antikommunistisches Blutbad, bei dem über eine halbe Million Menschen abgeschlachtet wurden. Es war die CIA, die den muslimischen Fanatikern Listen für die Jagd auf Kommunisten zur Verfügung stellte. Das war kein Zufall. Zu Beginn des Kalten Krieges 1950 erklärte der spätere US-Außenminister John Foster Dulles, es gäbe ein „gemeinsames Band“ zwischen dem Imperialismus und den „Religionen des Ostens“, deren „religiöse Überzeugungen nicht mit kommunistischem Atheismus und Materialismus vereinbar sind“.

Der Antikommunismus bildet das gemeinsame Band zwischen den Cliff-Anhängern und dem islamischen Fundamentalismus. Im Kalten Krieg unterstützten Cliff und seine Anhänger weltweit jede erdenkliche antikommunistische Bewegung – von der reaktionären, antisemitischen polnischen Solidarność bis zu den afghanischen Konterrevolutionären. Cliff selbst brach 1950 mit dem Trotzismus, als er sich weigerte, während des Koreakriegs China und Nordkorea gegen den US-Imperialismus zu verteidigen, und diesen Verrat mit der Behauptung rechtfertigte, diese deformierten Arbeiterstaaten seien „staatskapitalistisch“.

In Afghanistan fiel der Krieg gegen den „gottlosen Kommunismus“ auf grausame Weise mit dem islamischen Fundamentalismus zusammen, als Teil des Feldzugs zur Zerstörung der Sowjetunion. 1979 griff die Sowjetunion im afghanischen Bürgerkrieg auf der Seite einer linksnationalistischen Regierung ein, die versucht hatte, Reformen wie die Senkung des Brautpreises und die Einrichtung von Alphabetisierungsprogrammen für Mädchen durchzuführen. Als afghanische Rebellen einen Krieg begannen, um Frauen praktisch auf der Stufe von Sklaven zu halten, überschütteten die US-Imperialisten diese mittelalterlichen Konterrevolutionäre mit Waffen, um dadurch den Sowjetstaat zu schwächen. Die sowjetische Intervention in Afghanistan und die hysterische Antwort der Imperialisten waren die Eröffnungsschüsse des zweiten Kalten Krieges. Die Cliff-Anhänger reagierten darauf, indem sie den afghanischen Mudschaheddin-Schlächtern zujubelten und die Imperialisten dazu anspornten, ihren Stellvertreterkrieg gegen die Sowjetunion zu verschärfen.

Im Gegensatz zu Cliff und seinesgleichen erklärten wir: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitete die Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!“ In dem Bewußtsein, daß die Eingliederung Afghanistans in die Sowjetunion für die zutiefst unterdrückten afghanischen Massen – und besonders für die afghanischen Frauen – einen ungeheuren Schritt vorwärts bedeuten würde, schwammen wir gegen den Strom der imperialistischen Reaktion, zu der die Cliff-Anhänger in bescheidenem Maße ihren eigenen aktiven Beitrag leisteten. Unsere ent-

schlossene Verteidigung der Intervention der Roten Armee in Afghanistan ergab sich aus unserem Verständnis der Sowjetunion als einem degenerierten Arbeiterstaat, dessen stalinistische Bürokratie die politische Macht der Arbeiterklasse an sich gerissen hatte, der aber immer noch auf den vergesellschafteten Eigentumsformen basierte, die durch die Oktoberrevolution von 1917 geschaffen worden waren. Wir verteidigten die Sowjetunion gegen innere Konterrevolution und imperialistische Angriffe und kämpften für eine proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Usurpatoren, um die revolutionäre Arbeiterdemokratie des jungen Sowjetstaats von Lenin und Trotzki wiederzuschaffen.

Anstatt den religiösen Fundamentalisten eine entscheidende Niederlage zuzufügen, zog die Sowjetbürokratie 1989 verräterischerweise ihre Streitkräfte aus Afghanistan ab, um die Imperialisten zu beschwichtigen, und übergab die Regierungsgewalt im Lande den von der CIA unterstützten Reaktionären. Damit ermutigte sie die Kräfte der kapitalistischen Restauration in der Sowjetunion selbst. Heute ist das Leben im von den Taliban regierten Afghanistan auf eine Stufe zurückgesunken, wo öffentliche Hinrichtungen und Amputationen im Kabuler Sportstadion fast wöchentliche Ereignisse darstellen. Frauen werden gezwungen, die von Kopf bis Fuß reichende Burka zu tragen, einen zeltartigen Umhang mit einer einzigen gazebedeckten Öffnung in Augenhöhe, und sind zu einem Leben in Isolation verdammt. Die *Los Angeles Times* (22. Oktober 1998) berichtete, daß die Taliban

„eine extreme Auslegung des Islam anwenden, um Sünden wie Trinken, Spiel, Drogen, Fernsehen und Musikhören zu bestrafen. Frauen dürfen keine weißen Socken tragen, weil sie die Aufmerksamkeit auf die Fußgelenke richten. Homosexuelle werden unter umgestürzten Ziegelsteinmauern begraben. Ehebrecher werden gesteinigt.“

Heute sehen vorgebliche Sozialisten wie die Cliff-Anhänger, die nach einer Niederlage der Sowjetunion in Afghanistan schrien, das direkte Ergebnis davon: die Barbarei der Taliban.

AKPI: antiklerikale Reformisten

Eine der linken Gruppen, die im letzten Jahr beim Internationalen Frauentag in Toronto gegen die dort eindringenden iranischen Regierungsagenten demonstrierten, war die Arbeiterkommunistische Partei Irans (AKPI). Im September 1998, während Chatamis UN-Besuch, führten Sektionen der IKL zusammen mit der AKPI in New York, Vancouver, London, Berlin, Hamburg und Sydney Einheitsfrontdemonstrationen durch, um das blutige iranische Regime anzuprangern. Doch trotz ihrer tiefen Abscheu gegenüber dem islamischen Klerikalismus kapituliert die AKPI auf tausenderlei Weise davor.

Zwar unterstützt die AKPI formal nicht das menschwistische/stalinistische Schema der Zwei-Etappen-Revolution, trotzdem bewegt sie sich aber in diesem gedanklichen und programmatischen Rahmen. Dies zeigt ihre Analyse vom Sturz des Schah. Eine Broschüre mit dem Titel „Ein kurzer Blick auf die Lage der Arbeiterklasse im Iran“ von 1990, die von den Vorläufern der AKPI in der Kommunistischen Partei des Iran (KPI) geschrieben worden war und immer noch von der AKPI vertrieben wird, behauptet, daß „die Arbeiterklasse das Rückgrat der revolutionären Bewegung war und der landesweite Streik dem Schah-Regime die gravierendsten Schläge beigebracht hat.“

Arbeiterstreiks trugen in der Tat wesentlich dazu bei, den Schah zu stürzen. Aber das Proletariat spielte keine unabhängige Klassenrolle, sondern wurde von seinen falschen Führern den Chomeini-Leuten untergeordnet. Zu

behaupten, die Arbeiter hätten 1979 unter den „revolutionären Massen“ eine Avantgarde-rolle gespielt, ist Wunschdenken und de facto eine Kapitulation vor den islamischen Reaktionen.

Im Namen der „Islamischen Revolution“ setzten die Chomeini-Anhänger nach der Machtergreifung Schoras (Räte) ein, um ihren Einfluß auf die unruhigen Massen zu festigen. Doch die KPI-Broschüre betrachtet diese als echte Arbeiterräte, die eine oppositionelle Kraft gegenüber dem islamistischen Regime darstellten. Sie behauptet allen Ernstes, daß es bis ins Jahr 1981 eine „revolutionäre Periode“ gegeben hätte. Diese Vorstellung erkennt praktisch ein Zwei-Etappen-Schema an und impliziert, die Arbeiter hätten ihre große Chance *nach* dem Sieg der Mullahs gehabt. Ohne ein marxistisches Programm und ohne Vertrauen in die revolutionäre Fähigkeit des Proletariats, das sich seines grundlegenden Klasseninteresses nur unter der Führung einer leninistisch-trotzkistischen Partei bewußt werden kann, bagatellisiert die AKPI die führende Rolle der Mullah-Opposition und täuscht so über die zentrale Aufgabe der Arbeiterklasse zu der Zeit, als das Schah-Regime im Todeskampf lag, hinweg: *einen unabhängigen Kurs zu steuern, in unversöhnlicher Opposition gegenüber Chomeinis islamischer Bewegung.*

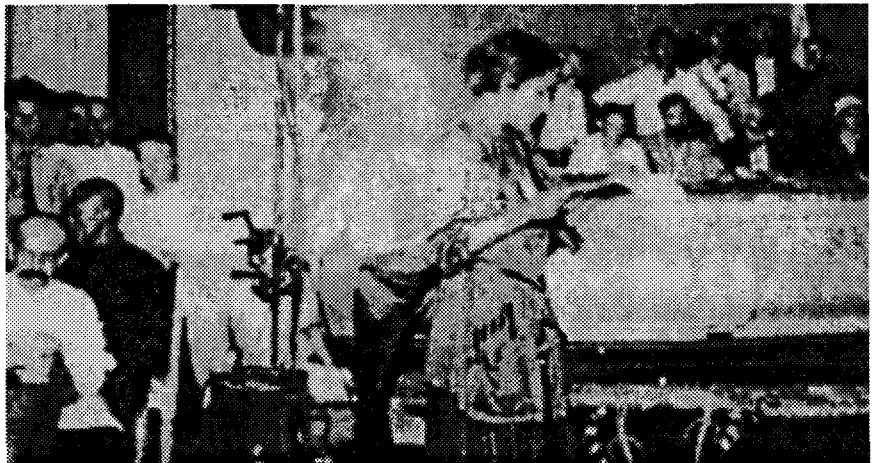
Die AKPI geht nicht davon aus, daß eine proletarische Führung unbedingt notwendig ist, denn sie hält zur Durchsetzung einer „progressiven“ Politik nach bürgerlichen Kräften Ausschau, die der Arbeiterklasse grundlegend feindlich gegenüberstehen. So forderte z. B. die Schwesterorganisation der AKPI im Irak, daß die Vereinten Nationen ein Referendum über die kurdische Unabhängigkeit beaufsichtigen sollten – dieser Aufruf wird von dem AKPI-Führer Mansoor Hekmat im Artikel „Zur Verteidigung der Forderung nach Unabhängigkeit Irakisich-Kurdistan“ in der in Farsi erscheinenden *Internationale* (Juni 1995) erhoben. Die UNO ist eine imperialistische Räuberhöhle samt ihrer Opfer, ein Feigenblatt für imperialistische Kriege und Interventionen, von Nordkorea 1950–53 bis zum Balkan heutzutage. Das verheerende Embargo gegen den Irak, das eineinhalb Millionen Todesopfer gefordert hat, einschließlich Hunderttausender Kinder, die als Folge von Unterernährung und Krankheit gestorben sind, wird seit 1991 unter der Schirmherrschaft der UNO durchgeführt. Wir sagen: Verteidigt Irak gegen US-/britischen Imperialismus! Nieder mit der UN-Hungerblockade! Im Gegensatz zu der Illusion, die UNO könnte unter Druck gesetzt werden, im Interesse der unterdrückten Kurden zu handeln, kämpfen wir dafür, den Kampf für die kurdische Selbstbestimmung mit den Kämpfen der Arbeiterklasse in der Türkei, in Syrien, im Irak und im Iran zu verbinden. Wir treten ein für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan, was die Zerschlagung dieser vier kapitalistischen Staaten durch Arbeiterrevolution voraussetzt.

Im Zusammenhang mit der partiellen und dürrtigen Offenheit in der iranischen Gesellschaft und den jüngsten Morden an iranischen Schriftstellern und Politikern ließ die AKPI in Kanada dicke Illusionen in den Imperialismus erkennen. Im Januar forderte die AKPI in einem Flugblatt mit dem Titel „Gegen das terroristische islamische Regime im Iran“ einen Strafprozeß gegen die Führer der Islamischen Republik vor einem internationalen Tribunal, die



Pathfinder Press

Bolschewistisches Plakat zeigt zentralasiatische Frauen, die den Schleier und die religiöse Hierarchie ablehnen. Unten: 1920, türkische Delegierte auf dem Komintern-Kongreß in Baku stellt das Programm für die Befreiung der Frauen des Ostens vor



Humbert-Droz Archive

Schließung der iranischen Botschaft in Kanada und die Ausweisung ihrer Repräsentanten. Durch die Aufstellung solcher Forderungen verleiht die AKPI dem demokratischen Anspruch der Imperialisten Glaubwürdigkeit und ruft sie dazu auf, als Weltbullen zu agieren. Der Kotau der AKPI vor den Imperialisten ist Ausdruck einer tiefgreifenden Revision der marxistischen Auffassung vom Staat. Marx, Engels und Lenin beharrten darauf, daß der Staat aus Formationen bewaffneter Menschen besteht, denen die Verteidigung der Eigentumsinteressen einer bestimmten Klasse obliegt. Der bürgerliche Staat, der die Interessen des kapitalistischen Privateigentums vertritt, kann nicht reformiert oder von den Arbeitern dafür benutzt werden, sich zu befreien; er muß durch eine Arbeiterrevolution zerschlagen und durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden.

Arbeiterherrschaft: Schlüssel zur Frauenbefreiung

Ein wesentliches Ziel der permanenten Revolution in einem Land wie dem Iran ist die Befreiung der Frauen von traditionalistischen, patriarchalischen Fesseln. Zwar tritt die AKPI für die Gleichheit der Frauen ein, doch hat sie eine durch und durch reformistische Vorstellung vom Kampf für Frauenrechte. Die Beteuerung der AKPI in ihrer programmatischen Erklärung „A Better World“ [Eine bessere Welt] (1994), daß sie nicht einen reformierten Kapitalismus

Fortgesetzt auf Seite 20



Australasian Spartacist

Januar 1997: Australische Spartakisten nehmen mit der WPI (Arbeiterkommunistische Partei Iran – AKPI in Deutschland) an einer Einheitsfront-Demonstration teil, um streikende iranische Ölarbeiter zu unterstützen

anstrebe und die „Verwirklichung der elementarsten Rechte und Freiheiten den Sturz des inhumanen und reaktionären Regimes der Islamischen Republik voraussetzt“, wird Lügen gestraft durch ihre umfangreiche Wunschliste reformistischer Forderungen an die Adresse der herrschenden Klasse und durch ihre Erklärung: „Es ist unser Ziel, das bestehende System dazu zu zwingen, die unbestreitbaren Rechte der Werktätigen anzuerkennen und zu achten.“

Darüber hinaus sind verschiedene Forderungen der AKPI, die Frauen, Kinder und die Familie betreffen, offen reaktionär. So zieht die AKPI „gegen den Akt der Abtreibung“ zu Felde und behauptet, Abtreibung sei ein „Zeugnis der Selbstentfremdung der Menschen und ihrer Verletzlichkeit angesichts von Entrechtung und Mühsal, die ihnen die bestehende Klassengesellschaft auferlegt“. In der Annahme, Frauen würden sich nur aus „kulturellem und wirtschaftlichem Druck“ heraus für eine Abtreibung entscheiden, betet die AKPI den Recht-auf-Leben-Fanatikern nach und erklärt, die Abtreibung zeige „die dem gegenwärtigen System innewohnende Geringschätzung des menschlichen Lebens“ auf. Zwar sagt die AKPI, daß die Entscheidung über eine Abtreibung ganz allein bei den Frauen liege, doch befürwortet sie staatliche Beratung, um Frauen davon abzubringen. Den klerikal-reaktionären Charakter dieser Forderung kann man in Deutschland beobachten, wo vom Staat verfügte Beratungszentren, betrieben von der katholischen und protestantischen Kirche, Frauen einschüchtern, damit sie ungewollte Kinder auf die Welt bringen.

Die AKPI ist auch für Gesetze gegen sexuelle Aktivitäten zwischen Erwachsenen und „Minderjährigen“, die auf gegenseitigem Einverständnis beruhen, und fordert, daß derartige Aktivitäten zu ächten und erwachsene Täter strafrechtlich zu verfolgen seien. Diese reaktionäre Position zeigt genau wie ihr Auftreten gegen die Abtreibung anschaulich, daß die AKPI trotz ihrer Kritik am religiösen Obskurantismus in der entscheidenden Frage der Familie der bürgerlichen Moral fest verhaftet ist. Wir kämpfen für kostenlose Abtreibung auf Wunsch und für die Abschaffung reaktionärer Gesetze gegen einvernehmliche sexuelle Aktivitäten zwischen Erwachsenen und „Minderjährigen“, mit denen eine sittenstrenge Sexualmoral untermauert wird in dem Versuch, Kinder, Erwachsene und überhaupt jeden im Namen von Gott und Vaterland zu disziplinieren.

Die AKPI ignoriert die Rolle der Familie als Schlüsselinstitution der bürgerlichen Gesellschaft zur Unterdrückung der Frauen und zur Übertragung konservativer sozialer Wertvorstellungen auf die jüngere Generation. Die AKPI wagt sich nicht über die Forderung nach „voller Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit von Frauen und Männern in der Familie“ hinaus und tritt sogar ein für ein „Verbot, Hausarbeit oder spezielle Haushaltspflichten in der Familie der Frau aufzuerlegen“. Das ist reine Utopie: Hausarbeit und Kindererziehung sind *der eigentliche Kern* der Rolle der Frau in der Familie. Die Befreiung der Frau von der täglichen Plackerei an Herd und Heim wird nur dann erfolgen, wenn das Proletariat die Staatsmacht erobert und eine sozialistische Gesellschaft errichtet, die die materielle Basis legen wird für die Ersetzung der Institution der Familie durch kollektive Kinderbetreuung, Küchen und

andere soziale Einrichtungen. **Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!**

In den Ländern des Ostens ist die Frage der Frauenunterdrückung eine der mächtigsten Triebkräfte für die sozialistische Revolution. Als die Bolschewiki in den Jahren nach der Oktoberrevolution nach Zentralasien kamen, fanden sie in der Tat die größte Unterstützung für ihr Programm bei den Frauen und gewannen unter ihnen ihre wichtigsten Kader. Dasselbe gilt auch für den Iran. Eine leninistisch-trotzkistische Partei, die für Frauenrechte eintritt gegen den jahrhundertealten Würgegriff von Religion und Familie, wird ihre ergebensten und mutigsten Kämpfer unter den Frauen finden.

Unmittelbar nach Chomeinis Machtübernahme hielten wir überall in den Vereinigten Staaten Veranstaltungen ab unter dem Titel: „Nein zum Schleier! Nieder mit Chomeini! Für eine Arbeiterrevolution im Iran!“ Die Rednerin, eine Trotzkistin muslimischer Herkunft aus dem Nahen Osten, trotzte den Versuchen von iranischen Muslimen und Maoisten, diese Veranstaltungen gewaltsam zu stören, und sprach die einfache Wahrheit aus, daß der Schleier ein Gefängnis ist, „ein Symbol der Unterdrückung der Frauen im Islam und ein Instrument ihrer Beherrschung“ („Fatima Khalil Tells the Truth on Iran“ [Fatima Khalil sagt die Wahrheit über den Iran], *Workers Vanguard* Nr. 230, 27. April 1979). Sie zitierte Trotzki „Aussichten und Aufgaben im Osten“ (April 1924) über die herausragende Rolle der Frauen des Ostens im revolutionären Kampf für die soziale Befreiung. Diese Worte verdeutlichen eine der wesentlichen Aufgaben der IKL in unserem Kampf, revolutionäre Avantgardeparteien in der halbkolonialen Welt aufzubauen:

„Das bedeutet aber zugleich, daß die in der Lebensführung, in den Sitten und Gebräuchen, in der Arbeit am meisten festgekettete orientalische Frau, die versklavteste der Sklavinnen, wenn sie – gemäß den Forderungen der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse – den Schleier abgelegt haben wird, leidenschaftlichen Durst nach neuen Gedanken, nach einem neuen Bewußtsein haben wird, die es ihr erlauben, ihre neue Lage in der Gesellschaft geistig zu artikulieren. Und es wird keinen besseren Genossen im Osten geben, keinen besseren Kämpfer für die Gedanken der Revolution, für die Gedanken des Kommunismus, als die erwachte arbeitende Frau.“ ■

Mexiko...

Fortsetzung von Seite 24

streikende Studenten! Für Streikaktion der Gewerkschaften gegen die Privatisierung und zur Verteidigung der öffentlichen Ausbildung!“ Das Flugblatt warnte vor Illusionen in Cárdenas’ „linke“ bürgerlich-nationalistische Partei der Demokratischen Revolution (PRD), eine kapitalistische Partei, die genauso zur Durchsetzung des IWF-Austeritätsprogramms, auch durch blutige staatliche Repression, entschlossen ist wie die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) von Zedillo und die rechtsgerichtete Partei der Nationalen Aktion (PAN). Unsere Genossen schlossen mit den Forderungen: „Kostenlose Ausbildung für alle auf hohem Niveau! Freier Zugang und keine Studiengebühren! Stoppt die Privatisierungspläne zur Zerschlagung der Gewerkschaften!“

Gleichzeitig holte die Internationale Kommunistische Liga Solidaritätserklärungen von Gewerkschaften, Studentenorganisationen und anderen, im Rahmen einer internationalen Verteidigungskampagne für die UNAM-Streikenden und die sie unterstützenden Arbeiter. Besonders hervorzuheben sind dabei Erklärungen der mächtigen Transport and General Workers’ Union (Transportarbeitergewerkschaft) und der National Union of Mineworkers (NUM, Bergarbeitergewerkschaft) in Südafrika. Die Erklärung der NUM hatte die Überschrift: „Bildung ist kein Privileg, sondern ein Recht!“ Weitere Erklärungen kamen aus Australien und Frankreich sowie von den Gewerkschaftsgruppen der kanadischen Union of Postal Workers (Postarbeitergewerkschaft) in Vancouver und der National Association of Letter Carriers (Briefzustellergewerkschaft) in Pasadena, Kalifornien. Letztere brandmarkte den Angriff auf die Streikenden als „staatlich sanktionierte Tyrannei“. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Merseyside-Hafen von Liverpool, England, die selber mehrere Jahre lang in einem erbitterten Kampf gegen die Zerschlagung ihrer Gewerkschaft gestanden hatten, schrieben: „Wir verurteilen aufs schärfste die Cárdenas-Regierung in Mexiko wegen ihrer brutalen Unterdrückung der streikenden UNAM-Studenten.“

In einem Interview beim Radio KPFA in der Bay Area von San Francisco rief am 7. August ein Sprecher des Partisan Defense Committee örtliche Gewerkschaften dazu auf, Solidaritätserklärungen an die streikenden Studenten zu schicken. Am 19. August hielten die Spartacus Youth Clubs an den kalifornischen Universitäten von Los Angeles und Berkeley Kundgebungen zur Verteidigung der UNAM-Streikenden ab. Der SYC-Sprecher an der UCLA verknüpfte unsere Unterstützung für die UNAM-Streikenden mit unserer Opposition gegen die imperialistische „Freihandels“-Vergewaltigung Mexikos unter dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) und erklärte:

„Als Marxisten bekämpfen wir wirtschaftlichen Nationalismus, der die Arbeiter in den USA gegen ihre Klassenbrüder und -schwestern

nördlich und südlich der Grenze auszuspüren versucht... Wir kämpfen für gemeinsamen Klassenkampf der US-amerikanischen und mexikanischen Arbeiter gegen die Bestie des US-Imperialismus – repräsentiert durch Demokraten wie Republikaner – und ihre Lakaien von PRI, PRD und PAN in Mexiko.“

Während die mexikanische Regierung die demonstrierenden Studenten an der UNAM angreift und bedroht, verschärft sie massiv ihre blutige Unterdrückung in Chiapas, das seit dem Neujahrsaufstand der Zapatistas (EZLN) 1994, der zum Zeitpunkt der Durchsetzung von NAFTA begann, unter militärischer Besatzung steht. Die eingeborene Bevölkerung lebt in Schrecken und ist Prügeleien, dem „Verschwinden“ von Menschen und regelrechten Massakern ausgesetzt. Jetzt hat Zedillo unter dem Vorwand des Baus einer neuen Autobahn durch die Region Montes Azules über 10000 neue Soldaten dorthin verlegt. Viele Studenten sind von der EZLN fasziniert und haben Demonstrationen und Hilfskonvois zu ihrer Unterstützung organisiert. Während die GEM die Zapatistas gegen staatliche Repression verteidigt, argumentiert sie gegen das kleinbürgerliche Programm der EZLN, den bürgerlichen Staat (mit Hilfe der PRD) durch Verhandlungen zu Zugeständnissen zu drängen.

In ihrer hysterischen Medienkampagne gegen die streikenden Studenten hat die mexikanische herrschende Klasse diese als verrückte linke „Ultras“ diffamiert, die die Befehle des Subcomandante Marcos von den Zapatistas befolgen. Dahinter steckt eindeutig die Absicht, diese militanten Studenten zur Zielscheibe für Angriffe, Inhaftierungen und Schlimmeres zu machen. Viele Studenten, die am 4. August verhaftet worden waren, befürchten, daß noch immer Straf-

Fortgesetzt auf Seite 22



Gewerkschaften, Studentengruppen und andere antworteten auf die IKL-Kampagne für internationale Solidarität, darunter von links oben im Uhrzeigersinn: Liverpooleer Hafnarbeiter, südafrikanische Bergarbeiter und Transportarbeiter, australische Studenten und kalifornische Postarbeiter

Mexiko...

Fortsetzung von Seite 21

anzeigen gegen sie laufen. Wie ein Student bemerkte: „In Mexiko merkst du, daß gegen dich ein Strafverfahren läuft, wenn die Polizei an deiner Tür klopft, um dich abzuführen.“

Gegenwärtig feiern die Regierung, die Medien und UNAM-Rektor Barnés die Empfehlung einer Gruppe von acht „emeritierten“ Professoren als einen Weg, den Streik zu beenden und die Macht wieder in die Hände der Verwaltung zu legen. Dieser Streikbrechervorschlag wurde am 14. August auf einem Treffen des Allgemeinen Streikausschusses mit knapper Mehrheit abgelehnt. Aber der Vorschlag wird weiterhin propagiert, auch von den Irreführern der Gewerkschaften STUNAM und SME. Auf diese Weise zeigen die prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokraten, wie ihr Standpunkt dem der vielen Arbeiter, die zur Verteidigung des UNAM-Streiks mobilisiert haben, entgegengesetzt ist.

Während des gesamten Streiks warnte die GEM/JE vor Illusionen in die gegenwärtigen Irreführer der Studentenbewegung und sowohl der offiziellen Gewerkschaften, die der herrschenden PRI untergeordnet sind, als auch der „unabhängigen“ Gewerkschaften, die dem bürgerlichen Nationalismus genauso verpflichtet sind, wenn auch oft in der „linkeren“ Färbung der PRD. Die trotzkistische Politik der GEM treibt einige zentristische Gruppen in den Wahnsinn. In einem schrillen und demagogischen Artikel in ihrem Extrablatt von *El Internacionalista* vom 3. August erklärt die Internationalist Group (IG): Wenn die GEM/JE die Rolle des bürgerlichen Nationalismus als Haupthindernis für das Klassenbewußtsein in der mexikanischen Arbeiterklasse entlarvt, dann ist das „nichts anderes als eine Verniedlichung des Systems weißen Terrors, mit dem das semibonapartistische Regime der PRI-Regierung mehr als 70 Jahre lang seine Macht aufrechterhalten hat“!

Die IG behauptet, „man brauche sich nur an das Schicksal der Hunderttausenden von Eisenbahnarbeitern zu erinnern, die infolge ihres Streiks im Jahre 1958 gegen die Gewerkschaftsbürokraten inhaftiert wurden und sich nach

einem Jahrzehnt in den Gefängnissen der PRI noch immer dort befanden, als die Universitätsstudenten, die 1968 verhaftet wurden, dort ankamen“. Es ist bezeichnend, daß die einzigen Beispiele gewaltsamer staatlicher Repression, die die IG in diesem Artikel auflistet, diejenigen sind, die von der PRI verübt wurden! In Wirklichkeit ließ Cárdenas schon am Tag nach der Veröffentlichung dieses Artikels seine Bürgerkriegsbullen gegen die streikenden Studenten los. Dies zeigt die Weichheit gegenüber der PRD, und genau diese Weichheit steckt hinter der ständigen alten Leier der IG über die „Cardenista-Volksfront“.

Wie die GEM zur IG in einem Flugblatt vom 26. Juli feststellte (in Auszügen abgedruckt in *Workers Vanguard* Nr. 717, 6. August): „Im Zentrum ihrer Politik steht eine fiktive ‚Volksfront‘ um die bürgerliche PRD. Die Volksfront ist eine spezielle Form der Klassenzusammenarbeit, bei der die reformistischen Parteien der Arbeiterklasse ein Bündnis mit der Bourgeoisie eingehen, um Arbeiterunruhen und eine mögliche soziale Revolution zu verhindern. Aber es gibt keine Arbeitermassenpartei in Mexiko. Das mexikanische Proletariat ist historisch schlicht und einfach durch bürgerlichen Nationalismus an die Bourgeoisie gekettet... So versucht die IG mit Hilfe ihrer ‚Volksfront‘ den Klassencharakter der bürgerlichen PRD zu verschleiern und ihr ein rotes Mäntelchen umzuhängen.“ Und noch offensichtlicher wird der Schwindel, den die IG mit der Maskierung dieser bürgerlich-nationalistischen Partei als „Volksfront“ betreibt, angesichts der verzweifelten Bemühungen der PRD um ein Bündnis mit der rechtsgerichteten PAN.

Im Laufe dieses Streiks erlangte die GEM/JE Bekanntheit als die Trotzkisten, die ein revolutionäres internationalistisches Programm anbieten, um die öffentliche Ausbildung zu verteidigen und die Angriffe der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse zurückzuschlagen. Ein Vertreter der GEM sprach am Schluß der riesigen Demonstration vom 13. August zu der Kundgebung auf dem Zócalo. Als er zu reden begann, wurde unser Genosse mit Rufen „Los, Espartaco, los!“ begrüßt. Wir geben hier seine Rede in voller Länge wieder.

Die Grupo Espartaquista de México, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, grüßt die Tausenden von Menschen, die sich heute hier auf dem Zócalo zur Verteidigung einer kostenlosen Ausbildung versammelt haben.

Dieser Studentenstreik hat die Grenzen der Universität überschritten und bei Schlüsselsektoren der Arbeiterklasse wie SME, STUNAM, SITUAM [Gewerkschaft der Arbeiter an der Universität der Hauptstadt] und anderen Sympathie und aktive Unterstützung gefunden.

Der Streik ist nun in eine entscheidende Phase getreten. Der Kampf zur Verteidigung der öffentlichen Ausbildung, der ein Teil eines umfassenderen Kampfes gegen die Privatisierungspläne ist, die sich gegen die Arbeiterklasse richten, kann nur Erfolg haben, wenn auch die

Diskussionstreffen der Spartakist-Jugend

**Indonesien: Imperialistische Truppen
raus aus Ost-Timor!
Für Unabhängigkeit jetzt!**

**Stoppt Nazis durch
Arbeiter/Immigranten-
mobilisierungen!**

Mit Videovorführung:
We Stopped the Klan!

**Mittwoch
27. Oktober
18.30 Uhr**

Humboldt-Universität
Seminargebäude am
Hegelplatz, Raum 207
Kontakt: (030) 4 43 94 00

BERLIN

**Dienstag
26. Oktober
18.30 Uhr**

Universität Hamburg
Teestube im Pferdestall
Allende-Platz 1
Kontakt: (040) 32 36 44

HAMBURG

**Mittwoch
10. November
18.30 Uhr**



Fernández/Reforma

4. August: Streikende Studenten konfrontiert mit blutigen Attacken der Bullen, die von Cuauhtémoc Cárdenas (rechts vorn), Bürgermeister von Mexiko City und PRD-Führer, losgehetzt wurden

Gewerkschaften streiken. Auf sich allein gestellt haben Studenten überhaupt keine soziale Macht. Es ist jetzt notwendig, daß die Arbeiterbewegung ihre Muskeln gebraucht und durch Streikaktionen Produktion und Dienstleistungen lahmlegt. Daß der Studentenstreik so lange durchgehalten hat, liegt an der Unterstützung, die er durch Uni-arbeiter, verstärkt durch Abordnungen von Arbeitern anderer machtvoller Gewerkschaften, erhalten hat. Der Plan des Rektorats, den Streik durch das Abhalten von Seminaren „extramuro“ [im Freien] zu unterlaufen, muß durch Arbeiterstreikpostenkettens in allen Einrichtungen verhindert werden. Streik bedeutet: „Alle legen die Arbeit nieder! Niemand arbeitet!“

Dieser Angriff verdeutlicht einen wesentlichen Punkt, den wir Marxisten vom ersten Streiktag an betont haben: Bullen sind keine „Arbeiter in Uniform“, sondern Kampf-hunde des bürgerlichen Staates. Die Anwesenheit von Bullen, die Mitglieder von STUNAM sind, an der Universität ist eine unmittelbare Gefahr für die Gewerkschaft selbst und für den Studentenstreik sowie für jede Aktion, an der sich STUNAM vielleicht beteiligt. Bullen von „Auxilio UNAM“ raus aus der Uni und aus STUNAM!

Keine Illusionen in die PRD, eine Partei der Bosse! Der Angriff auf den Streik war ein wohlkalkulierter Schachzug von Cárdenas und der PRD, um die Bullen im Namen von Jurastudenten einzusetzen, die den Streik durch ihre Einschreibung für das neue Semester zu brechen versuchten. Den Studenten die Köpfe einzuschlagen ist die Art und Weise, wie Cárdenas der mexikanischen Bourgeoisie, ihren imperialistischen Herren und der rechtsgerichteten PAN zeigen will, daß er bei den kommenden Präsidentschaftswahlen der beste Kandidat für die Vertretung der Interessen der Kapitalistenklasse mit Hilfe eines Bündnisses von PRD und PAN ist. Die gegenwärtige Situation macht klar, daß man, selbst um ein grundlegendes demokratisches Recht wie Zugang zur Bildung zu erlangen, einen revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus führen muß.

Die Propagierung utopischer Pläne zur Errichtung einer „Universität im Dienste des Volkes“, wie es die Partido Obrero Socialista und En Lucha an der Universität tun, dient nur dazu, weitere Illusionen in die Bourgeoisie zu verbreiten. Spartakisten sagen: Nein zum Dialog mit dem Rektorat! Nein zu dem unterwürfigen Vorschlag der „Emeritierten“! Der Streik muß bis zum Sieg fortgesetzt werden, und das erfordert ein Bündnis mit der sozialen Macht der Arbeiterbewegung. Für gemeinsame Streikaktionen von Arbeitern und Studenten zur Verteidigung



García y Gustavo/Imagelatina

kostenloser Ausbildung und gegen Privatisierungen! Kostenlose Ausbildung für alle auf hohem Niveau, in der Stadt und auf dem Land!

Was notwendig ist, ist der Aufbau einer leninistisch-trotzkistischen Partei, die die Arbeiter zur Staatsmacht führt. Das größte Hindernis dabei ist die Ideologie des bürgerlichen Nationalismus, die das Ziel hat, einen jeden einfach als „Mexikaner“ hinzustellen. Im Gegensatz dazu setzen wir Spartakisten uns für proletarischen Internationalismus ein. Als Beispiel dafür überbringen wir heute dem Uni-Streik Grußadressen mächtiger Gewerkschaften von Südafrika bis Kanada und den USA, insbesondere von den mächtigen Gewerkschaften der Bergarbeiter und Transportarbeiter von Südafrika. Das Proletariat hat kein Vaterland! Unsere Hymne ist nicht die Nationalhymne der Bourgeoisie, sondern die *Internationale* des Proletariats!

Wie der amerikanische Trotzki James Cannon sagte: „Unsere Partei ist eine Partei der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats. Die proletarische Revolution ist die einzige Lösung für das Problem der Arbeiterklasse, und unsere ganze Tätigkeit muß auf dieses Ziel gerichtet sein.“ Das ist die Grundlage der Politik der Spartakisten. Brecht mit der Bourgeoisie! Keine Illusionen in die bürgerliche PRD! Schmiedet eine internationale leninistisch-trotzkistische Partei! Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!■

Abonniert!

Zeitung der Grupo Espartaquista de Mexico

4 Ausgaben
DM 8,-

Bestellt bei:
Postfach 555
10127 Berlin

Konto 11988-601
BLZ 500 100 60
Postbank Frankfurt/M.

SPARTAKIST

Mexiko: Nieder mit Staatsrepression gegen Studentenstreik!



AP

Seit April streiken UNAM-Studenten gegen die Angriffe der Regierung auf öffentliche höhere Bildung

29. August – Angesichts wachsender Drohungen eines verschärften Vorgehens der Regierung sind die streikenden Studenten an der Nationalen Autonomen Universität in Mexiko City (UNAM) an einem kritischen Punkt ihres Kampfes gelangt. Der Streik an dieser Universität, wo

Spartakist-Jugend

270 000 studieren, wurde ausgelöst durch einen Plan der Regierung Studiengebühren zu erheben, die selbst den begrenzten Zugang, den gegenwärtig Studenten aus armen und Arbeiterfamilien zu öffentlicher höherer Bildung haben, beseitigen würden. Der Streik dauert nun schon über vier Monate und ist der längste in der Geschichte der UNAM. Dieser Angriff ist Teil eines umfassenderen „Austeritäts“-programms, das von allen Flügeln der mexikanischen herrschenden Klasse befürwortet und vom Internationalen Währungsfonds (IWF) gefordert wird.

Die breite Unterstützung, die die Streikenden von Seiten der arbeitenden Massen erfahren haben, die mit einem ähnlichen Angriff auf ihren Lebensstandard durch den IWF-Plan

zur Privatisierung staatlicher Industriezweige konfrontiert sind, war entscheidend. Von Anfang an spielten Arbeiter der Gewerkschaften der Unbeschäftigten (STUNAM) und der Elektrizitätsarbeiter (SME) eine Schlüsselrolle, als sie sich den Studenten auf den Streikbarrikaden anschlossen. Gestern versammelten sich Hunderttausende Gewerkschafter zu einem Protest gegen Privatisierungen in Mexiko City und überfluteten den riesigen Zócalo-Platz.

Versuche der Regierung den Studentenstreik zu brechen, sind im letzten Monat in die Höhe geschneit. Am 24. August griffen Hunderte rechtsgerichteter Studenten, unter ihnen viele Schlägertypen mit weißen Bandannas (Halstüchern), die mit Rohren, Knüppeln und Schrapnellgeschossen bewaffnet waren, über tausend streikende Studenten an; denen gelang es aber sie zurückzuschlagen. Bei Redaktionsschluß verkündete Präsident Ernesto Zedillo, der den Studentenstreik als „brutale Aggression“ be-

schimpfte, daß UNAM spätestens am 1. September wieder öffnen müsse. Indem Zedillo an rechtsgerichtete Studenten appellierte, den Streik zu brechen, rief er praktisch zu noch mehr polizeilich unterstützten Rowdyangriffen auf die Studenten auf.

Am 4. August ließ der Bürgermeister von Mexiko City, Cuauhtémoc Cárdenas, seine Bürgerkriegsbullen in einem brutalen Angriff auf Studenten los, die vor einem streikbrechenden Einschreibungsbüro Streikposten standen. Über 100 streikende Studenten wurden schwer verprügelt und festgenommen. Cárdenas rechtfertigte diese brutale Repression und sagte: „Die Polizei von Mexiko City griff ein und sie wird dies immer, wenn es nötig ist, wieder tun.“ Am 13. August gab es eine Demonstration von 50 000 Menschen gegen die Repression, darunter ein Kontingent von Hunderten STUNAM-Arbeitern.

Unsere Genossen von der Grupo Espartaquista de México (GEM) und der Jugendgruppe Juventud Espartaquista (JE) reagierten auf den Bullenangriff am folgenden Tag mit einem Flugblatt unter der Überschrift „Cárdenas' Polizei greift den UNAM-Streik an – Weg mit allen Anklagen gegen

Fortgesetzt auf Seite 21

**Für Arbeiterstreikaktionen:
Stoppt Privatisierung, verteidigt Ausbildung!**